Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 66 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Mittwoch, den 19. März 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Hochverrat

Polizei gegen die Verfassung

Auf der Suche nach nationalsozialistischen Polizeikommissaren - „Bringen Sie Zeugen aus dem Stahlhelm, möglichst mit Pour le mérite!“

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Minister des Innern für Thüringen, der Reichsputschist Frick, hat wiederholt betont, daß er seine Aufgabe darin erblicke, Thüringen zu einem Zentrum des nationalen Widerstandes im Sinne seiner Partei zu machen. Was darunter zu verstehen ist, weiß ein jeder. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß ein Vertreter dieser Partei, die offen den Hochverrat proklamiert und sich hochverräterischer Handlungen rühmt, Polizeiminister in einem deutschen Lande ist. Wir sind in der Lage, Beweise dafür anzuführen, daß Herr Frick seine Aufgabe in Thüringen in diesem Punkte ganz im Sinne seiner Partei führt. Er will die Polizei zu einem Machtinstrument des Rechtsputschismus gegen die Verfassung machen.

Wir veröffentlichen nachfolgend eine Unterredung zwischen dem Oberbürgermeister von Eisenach Dr. Janson und dem Polizeikommissar-Anwärter M. Der letztere nimmt z. Zt. an einem Lehrgang für Polizeikommissar-Anwärter der Gemeinde-Polizei in der Polizeischule Eiche teil. Vom Thüringischen Ministerium des Innern ist er am 4. Juli 1929 der Polizeiverwaltung der Stadt Jena überwiesen worden mit der Aussicht, später als Polizeikommissar der Stadt Eisenach angestellt zu werden. Auf eine Anfrage der Polizeiverwaltung Eisenach erteilte die Polizeischule ein sehr günstiges Zeugnis des M. Darauf erfolgte am 12. März die Einberufung M. als Polizeikommissar zum 1. April 1930 nach Eisenach. Am 16. März wurde M., der jetzt noch auf der Polizeischule Eiche ist, vom Oberbürgermeister Dr. Janson, Eisenach nach dem Hotel Exelsior in Berlin bestellt. Zwischen beiden entwickelte sich folgende Unterredung:

Dr. Janson: Ich habe Sie hierher gebeten, um einige Dinge mit Ihnen zu besprechen, über die ich jetzt ganz klar sehen muß. Wie stehen Sie politisch?

M. (ausweichend): Ich habe bereits seinerzeit zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht Mitglied einer besonderen Partei bin.

Dr. Janson: Das ist gar nichts. Das sind allgemeine Redensarten. Sie müssen sich doch in einer ganz bestimmten Richtung eingestellt haben. Ich frage Sie jetzt, was würden Sie tun, wenn die Nationalsozialisten jetzt losschlagen würden und sie diesen und dem Stahlhelm als Polizeikommissar gegenüberständen?

M. (ausweichend): Ich würde mich an die Befehle halten, die ich bekomme.

J.: Da weichen Sie mit dieser Antwort wieder aus. Ich steh nicht immer hinter Ihnen und möchte wissen, was Sie aus eigener Entschließung tun würden.

M. (ausweichend): Dann würde ich gemäß meiner Verpflichtung als Beamter nach den mir allgemein vorgezeichneten Richtlinien, also nach meinem Beamteneid handeln.

J.: Sie geben mir noch immer nicht die Antwort, die ich haben will. Würden Sie gegen die Nationalsozialisten und gegen den Stahlhelm vorgehen? Ja oder nein?

M.: Schweigt.

J.: Können Sie mir Persönlichkeiten namhaft machen die bekunden können, daß Sie ein absolut rechtsstehender nationaler Mann sind?

M.: Ich kann jederzeit Polizeioffiziere angeben, die sich für mich einsetzen.

J.: Preußische Polizeioffiziere?

M.: Jawohl.

J.: Preußische Polizeioffiziere sind für Thüringen keine Kronzeugen. Sie sind alle verseucht. Haben Sie niemand in den Kreisen der Nationalisten und des Stahlhelms?

M.: Das könnte ich im Augenblick nicht sagen.

J.: Es ist aber unbedingt nötig, daß Sie Nationalsozialisten oder Stahlhelmleute finden, die voll und ganz für Sie bürgen und sich insbesondere beim Minister Frick für Sie persönlich verwenden. Minister Frick hat erklärt, daß er sehr ungünstige Nachrichten über Sie erhalten habe. Sie seien in den Kreisen früherer Offiziere sehr unbeliebt. Auch glaube man, daß Sie sich im Felde eine Ihrer Verwundungen selbst beigebracht hätten. Sie müssen unbedingt Zeugen vom Stahlhelm, möglichst Männer mit dem Pour le merite, bringen, die Ihnen das Zeugnis ausstellen, daß Sie im Kriege nicht nur Ihre Pflicht getan haben, sondern darüber hinaus ein ganz besonders hervorragender Held und Draufgänger gewesen sind. Nun noch etwas anderes. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Ihr Bruder, der als Polizeihauptmann in Magdeburg steht, Mitglied des Reichsbanners ist und in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Oberpräsidenten Hörsing steht. Wie stehen Sie mit Ihrem Bruder?

M.: Familiär steh ich mich mit meinem Bruder sehr gut. Seine politische Haltung dürfte wohl eine Privatangelegenheit sein.

J.: Unter diesen Umständen kann ich natürlich die vorgesehene Einberufung nicht aufrecht erhalten und Sie den Dienst in Eisenach nicht antreten lassen. Sie würden dort sofort auf stärksten Widerstand der Nationalsozialisten und des Stahlhelms stoßen. Versuchen Sie zu erreichen, daß Nationalsozialisten und Stahlhelm sich für Sie in dem gewünschten Sinne beim Minister Frick einsetzen, dann will ich Ihnen die Polizeikommissarstelle geben.“

Der Oberbürgermeister von Eisenach sucht demnach Polizeioffiziere, die bei einem Putsch der Hakenkreuzler und des Stahlhelms sich auf die Seite der Putschisten gegen die Verfassung stellen. Sein Tun ist zweifellos Vorbereitung zum Hochverrat. Wir fragen: Wird der Oberreichsanwalt unverzüglich Schritte gegen den Oberbürgermeister Dr. Janson unternehmen? Wird er ihn verhaften lassen? Wird der Oberreichsanwalt ferner in gleicher Weise gegen den Thüringischen Innenminister Frick einschreiten, der unzweifelhaft die Handlungsweise des Herrn Janson beeinflußt hat? Darüber hinaus fragen wir: Wird der Reichsminister des Innern aus diesem Vorfall Konsequenzen gegenüber dem Thüringischen Innenminister ziehen? Was gedenkt er gegenüber der Tatsache zu tun, daß in Thüringen von Amtsstellen von Amtswegen ganz offenkundig Vorbereitung zum Hochverrat gegen die Reichsverfassung getrieben wird?

Das Republikschutzgesetz

In der Schlußabstimmung mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen

Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) Der Reichstag nahm heute nur die Abstimmungen vor, die in der vorigen Woche und gestern vertagt worden waren. Das Republikschutzgesetz wurde in der Schlußabstimmung mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen. Der Versuch der Deutschnationalen und Kommunisten, die Aussetzung des Gesetzes zu erreichen, scheiterte, da nur 120 Stimmen für die Aussetzung abgegeben wurden, an der Nichterreichung des erforderlichen Drittels sämtlicher Stimmen. Für das Reichsministergesetz wurden in der namentlichen Schlußabstimmung 340 Stimmen abgegeben, dagegen 70 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen. Die Zweidrittelmehrheit, die für verfassungsändernde Gesetze erforderlich ist, war somit erreicht. Um 4,30 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr.

Das Demonstrationsverbot

Nach Verkündung des Republikschutzgesetzes will Waentig das Demonstrationsverbot aufheben

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) Der preußische Innenminister Waentig, wird, wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt, unmittelbar nach der Verkündung des am Dienstag vom Reichstag verabschiedeten Republikschutzgesetzes, das im Dezember erlassene Verbot der Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel aufheben.

Neue Botschaft Hindenburgs

Schnelle Hilfe für den deutschen Osten

Der Reichspräsident hat am Dienstag das deutsch-polnische Liquidationsabkommen unterzeichnet und dem sozialdemokratischen Reichskanzler die Tatsache der Unterzeichnung durch besonderes Schreiben zur Kenntnis gebracht. In diesem Schreiben teilt der Reichspräsident mit, die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß gegen das vom Reichstag verabschiedete Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen. Er verstehe aber auch, so betont der Reichspräsident, die im notleidenden Osten unseres Vaterlandes gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vorhandenen Widerstände. Das Abkommen habe in erster Linie zum Ziel, die deutschen Stammesgenossen jenseits unserer Grenze auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten. Er hoffe, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht werde, aber zugleich erwachse der Reichsregierung die Pflicht, den Ostpreußen und den andern Brüdern im Osten in ihrer Not, die aufs höchste gestiegen sei, zu helfen und ihnen den Acker, von dem sie leben, zu bewahren. Daß auch hier rasch und tatkräftig gehandelt werde, müsse der Reichspräsident in dieser Stunde von der Reichsregierung nachdrücklich verlangen.

Das Schreiben des Reichspräsidenten gibt dann einen Ueberblick über das von ihm verlangte Ostprogramm. Zunächst sei

es erforderlich, daß die zur Zeit zur Beratung stehenden Agrarmaßnahmen, die der ganzen Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig seien, mit aller Beschleunigung und in einem Umfange durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen wie den bäuerlichen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt. Diese allgemeinen Maßnahmen würden aber für den verzweifelt um seine Existenz ringenden Osten allein nicht ausreichen. Es müsse für den Osten noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten.

Die Botschaft beschäftigt sich dann mit der Aufbringung der Finanzmittel für die Aktion. Hindenburg sagt darüber: Ich weiß wohl, daß es bei der schlechten Finanzlage des Reiches schwer ist, die hierfür erforderlichen erheblichen Mittel aufzubringen, aber die unmittelbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu, diese Summe zu beschaffen. Ein Teil derselben wird, so nehme ich an, aus den gesteigerten Erträgnissen, welche die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können. Soweit dies nicht ausreicht, erscheint es mir als ein gerechter Ausgleich, wenn weitere Mittel aus der Industriebelastung, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden, daß der Abbau der Industrieabgabe im Tempo verlangsamt und im Ausmaß gemindert wird. Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und das am Montag zwischen Deutschland und Polen unterzeichnete neue Wirtschaftsabkommen haben, um der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft große Opfer auferlegt und in weiten Kreisen, gerade im Osten, die Meinung einer absichtlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen.

Es erscheint nur billig und recht und auch zur Beseitigung dieser Mißstimmung geeignet, wenn nun in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird, der in der Weise geschieht, daß alljährlich etwa auf die Dauer der nächsten 5 Jahre aus der Industriebelastung Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Es ist in der letzten Zeit viel über die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion gesprochen und geschrieben worden. Hier ist ein Gebiet, wo sich diese Verbundenheit praktisch betätigen und nicht nur zur Sanierung der produktiven landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch zur allgemein wirtschaftlichen Zwecken, nämlich zur Stärkung des Binnenmarktes und zur Besserung unserer Handelsfinanz beitragen kann. Bei Besprechungen, die ich in der letzten Zeit mit einzelnen Führern der deutschen Industrie (die Grundzüge der vorgeschlagenen Regelung kommen von dem Industriellen Dr. Silberberger. D. R.) habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieser Gedanke der Verbundenheit und des Ausgleiches auch in der Industrie Verständnis findet."

Mit der Botschaft Hindenburgs kann die Hilfe für den Osten, um die in den letzten Monaten heftig gerungen wurde, als gesichert gelten.

Als Selbstverständlichkeit setzen wir voraus, daß das Reformwerk wirklich der Landwirtschaft und der Industrie im Osten zugute kommt und die Initiative nicht in einer bloßen Subventionspolitik für ein rückständiges Agrariertum untergeht. Hier müssen die Maßnahmen in Kraft treten, die sich bereits bei der zweiten Ostpreußenhilfe unter dem von Reich und Preußen bestellten Kommissar bewährt haben.

Man wird über diese Dinge noch später zu reden haben. Feststellen müssen wir aber für heute noch, daß die im Zusammenhang mit den letzten politischen Ereignissen auf Hindenburg gerichteten Angriffe hauptsächlich von Rechtskreisen im Osten ausgingen. Der gleiche Hindenburg beantwortet die Herabsetzung seiner Persönlichkeit und seines Pflichtgefühls mit einer großzügigen Hilfsaktion für die Rebellen.

Vor einem Notetat

Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) Dem Reichsrat ist jetzt der Entwurf eines Reichshaushaltsgesetzes für 1930 zugegangen, dem die einzelnen Etats wie üblich als Anlagen hinzugefügt sind. Allerdings fehlt darunter noch die Gesamtübersicht des Haushaltsplans und auch einige wichtige Einzeletats muß die Reichsregierung noch nachliefern, darunter den Etat des Arbeitsministeriums, den des Finanzministeriums und den des Verkehrsministeriums, also gerade Haushaltspläne, die umstrittene Ausgaben enthalten. Die Haushaltspläne werden nun zunächst von den einzelnen Länderregierungen geprüft und erst wenn die Reichsratsbevollmächtigten die Instruktionen von ihren Regierungen erhalten haben, kann die Beratung des Etats in den Reichsratsausschüssen beginnen. Das dürfte, wie das VDZ-Büro hört, etwa am Freitag, den 4. April der Fall sein. **Die Unmöglichkeit, den Haushalt 1930 noch rechtzeitig vor dem 1. April zu verabschieden,** steht ja schon seit langem fest. Infolgedessen ist ein Notetat für die Uebergangszeit erforderlich. Die Beratung dieses Notetats in den Reichsratsausschüssen wird wahrscheinlich am nächsten Sonnabend sein, so daß das Reichsratsplenum den Notetat in einer Sondersitzung am nächsten Montag verabschieden könnte. Auch das Moldenhauersche Steuersenkungsgesetz ist dem Reichsrat bereits angekündigt. Seine Ausschußberatung dürfte am Ende der nächsten Woche beginnen.

Der tote Punkt

Die Flottenkonferenz auf der Suche nach Auswegen

London, 18. März. (Eig. Drahtber.) Der tote Punkt der Flottenkonferenz ist noch nicht überschritten. Die Situation ist unverändert. Die Franzosen weigern sich nach wie vor, wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Herald" feststellt, unter irgendein Dokument ihre Unterschrift zu setzen, in dem die italienische Forderung nach Parität anerkannt wird.

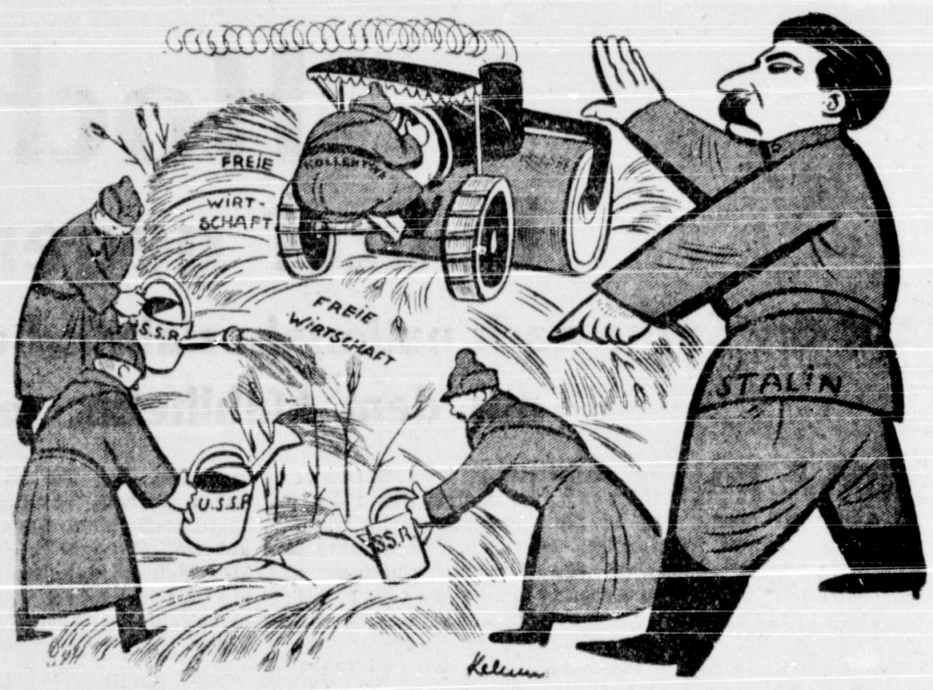
Auf der andern Seite bestehen die Italiener auf der grundsätzlichen Anerkennung dieses Prinzips, wozu sie völkerrechtlich berechtigt sind. Theoretisch erscheinen also die Schwierigkeiten unüberwindlich.

Als Ausgleich aus der Situation ist am Dienstag eine neue Formel in die Diskussion geworfen worden. Es wird nun der Abschluß von zwei parallel laufenden Viermächte-Pakten vorgeschlagen, nämlich ein amerikanisch-britisch-französisch-japanischer und zweitens ein amerikanisch-britisch-japanisch-italienischer Vertrag. In diesem Falle würde man um die fatale Notwendigkeit der französischen Anerkennung der italienischen Parität herumkommen. Ein gewisser Druck scheint von London aus am Dienstag persönlich auf Mussolini telephonisch ausgeübt worden zu sein.

Moldenhauer in Privat

Reichsarbeitsminister Wissel gegen Moldenhauers Hamburger Rede

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages fragte der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Lichtenberg den Reichsarbeitsminister am Dienstag unter Hinweis auf die jüngste Hamburger Rede des Finanzministers Moldenhauer, ob die Pläne des Kabinetts auf eine weitere Einschränkung der Arbeitslosenversicherung hinzielten. Reichsarbeitsminister Wissell erklärte, Reichsfinanzminister Moldenhauer hat nicht als Finanzminister, sondern als Privatmann gesprochen. Sonst hätte er sich vorher mit dem Restorminister in Verbindung gesetzt. Die Vorlage des Kabinetts geht nach einer anderen Richtung, wie es in dieser Rede zum Ausdruck gekommen ist. Wenn in dieser Rede vom organisatorischen Umbau gesprochen wird, so habe ich die Notwendigkeit eines solchen Umbaues noch nicht gespürt. Die Organisation der Arbeitslosenversicherung ist vom Reichstag beschlossen worden. Ich kann mir nicht denken, daß der Reichstag einen Beschluß faßt, ohne sich vorher ein klares Bild zu machen. Bei manchen Kritiken über Mißstände in der Arbeitslosenversicherung scheint die Sachkunde vollständig zu fehlen. Einen hohen Stand hat die Braunschweigische Landeszeitung erreicht, die die Arbeitslosenversicherung als Pestbeule am deutschen Wirtschaftskörper bezeichnet. Für die Antwort fehlen mir parlamentarische Ausdrücke. Wer mit solchen Worten um sich wirft, muß auch zeigen, wo die Pestbeule sitzt. Kein vernünftiger Mensch wehrt sich gegen die Abschaffung von Mißständen und Mißbräuchen. In dieser Richtung sind wir ja auch schon im vorigen Jahre vorgegangen.



Rußland stoppt die Kollektivierung.

Die Zentralregierung Sowjetrußlands hat in völligem Abrücken von ihrer bisherigen Innenpolitik plötzlich alle Versuche eingestellt, die Kollektivwirtschaft auszubauen und beschloß die Pflege des Individualbauern und des freien Marktes.

Stalin: Nun wollen wir aber mal lieb sein!

Frische Parteiführer gefällig?

Ein neuer Ekki-Brief

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtber.) Ein Ekki-Brief an die KPD., den die kommunistische Presse bisher ihren Lesern vorenthalten hat, wird in der nächsten Nummer der kommunistischen Internationale veröffentlicht. Der Brief beschäftigt sich mit dem Antrag der KPD. und anderer kommunistischer Sektionen auf eine sogenannte personelle Reinigung der Partei.

Man erfährt aus ihm, daß Thälmann und Neumann beim Exekutiv-Komitee vorgeschlagen haben, eine Kontrolle der KPD. und einzelner Parteimitglieder mit Hilfe von besonderen Kommissionen und von besonderen Fragebogen durchzuführen. Diesen Vorschlag der deutschen kommunistischen Zentrale hat das politische Sekretariat des Exekutiv-Komitees als unzweckmäßig abgelehnt, weil eine solche Kontrolle eine mechanische Uebertragung der in Rußland geübten Praxis sei. Bei einer solchen Prüfung würde überhaupt nichts herauskommen.

Die versteckten Sozialdemokraten in der KPD. seien vielmehr nur durch unmittelbare Kämpfe zu entlarven und unschädlich zu machen.

Weiter heißt es in dem Ekki-Brief: Die Entwicklung der Kommunistischen Partei weise gegenwärtig folgende Erscheinung auf: Es finde kein zahlenmäßiges Wachstum der Kommunistischen Partei statt und in einer Reihe von Sektionen, so in England und in der Tschechoslowakei, vollziehe sich ein ununterbrochenes Sinken der Mitgliederzahl.

Der Ekki-Brief verlangt schließlich die Erneuerung der leitenden Persönlichkeiten durch frische Kräfte als Parteiführer.

In der Berliner KPD.-Zentrale hat, wie die kommunistische Oppositionspresse berichtet, der neue Ekki-Brief große Aufregung hervorgerufen.

Die neuen Agrarzölle

Einigung über die Agrarfragen

VDZ. Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über die schwebenden Fragen der Agrarzölle haben am Dienstag abend, abgesehen von geringfügigen Differenzen in der Zuckerpreisfrage zu einer Verständigung geführt. Die Fraktionsvertreter wollen am Mittwoch vormittag die endgültige Formulierung der Anträge vornehmen.

Der Weizenzoll soll um 2,50 RM. auf 12 RM. pro Doppelzentner erhöht werden. Beim Roggen bleiben die bisherigen Zollbestimmungen bestehen. Der Gerstenzoll soll auf 10 RM. heraufgesetzt werden, mit der Maßgabe einer Zollermäßigung auf 2 RM., wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Käufer ein bestimmtes Quantum Roggen zur Verfütterung erworben hat. Diese Zollermäßigung ist jedoch nur eine Kann-Vorschrift und keine Soll-Vorschrift.

Hafer, der bisher einen festen Zoll von 6 RM. je Tonne hatte, wird nunmehr auch variabel gestaltet, und zwar soll die Zollspanne 4 bis 12 RM. betragen. Der Mehlzoll soll auf das 1½fache des entsprechenden Getreidezolles gesetzt werden zuzüglich einer Preisschutzspanne von 5,25 pro Doppelzentner. Kleie soll mit einem Zoll belegt werden von jeweils der Hälfte des in Geltung befindlichen Getreidezolles, ausgenommen Weizenkleie. Die Zollfestsetzung soll in Zukunft errechnet werden auf der Grundlage des Durchschnittspreises von vier Monaten, während bisher drei Monate die Grundlage bildeten.

Beim Weizen ist eine sogenannte Katastrophenklausel eingefügt worden, die besagt, daß Regierung und Reichsrat und ein Reichstagsausschuß ermächtigt sind, den Zoll weiter heraufzusetzen, wenn der Weltmarktpreis bis 40 Prozent den am 18. Februar geltenden Preis herabsinkt.

Der Kartoffelzoll soll vom 15. Februar bis 31. März statt 1 RM. 20 RM. betragen. Diese Maßnahme richtet sich gegen die Einfuhr der als Luxusgenußmittel betrachteten sogenannten Malta-Kartoffeln.

Das Maismonopol soll in der Weise zur Durchführung kommen, daß von einem Ermächtigungsgesetz Abstand genommen wird. Es werden vielmehr Sozialdemokratie, Zentrum und Bayerische Volkspartei das Maismonopol als Initiativgesetz einbringen. Von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten wurden bei den Verhandlungen noch Bedenken dagegen geäußert, doch wird an der Annahme des Maismonopols nicht gezweifelt.

Der Haß der Verhetzten

Schändliche Bluttat verhetzter Kommunisten

Hanau, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Paul Rehbein wurde bei einem Besuche des Grabes seines Vaters auf dem städtischen Friedhof in Hanau von einem dort beschäftigten kommunistischen Arbeiter durch Schimpfworte beleidigt und durch einen mit dem Spaten versetzten Hieb schwer verletzt. Ein anderer jugendlicher Kommunist leistete Beihilfe. Nur einem glücklichen Umstande ist es zu danken, daß der Hieb nicht tödlich wirkte und der Spaten den Schädel nicht gespalten hat. Als der Ueberfallene blutüberströmt und betäubt zusammenbrach, wurde er von den beiden Kommunisten noch mit Fußtritten bearbeitet. Der Haß der Kommunisten gegen Rehbein stammt daher, daß dieser im vorigen Jahre aus der KPD. ausgeschlossen worden war und sich der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte.

Nach Moabit

Die verhafteten Reichswehroffiziere wurden nach Berlin gebracht

Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) Die Zentrale der Untersuchung, die auf Anordnung des Oberreichsanwaltes gegen Angehörige der Reichswehr und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei bisher vom Landgericht in Stuttgart geführt wurde, ist, dem „Lokalanzeiger" zufolge, nunmehr nach Berlin verlegt worden. Die in Ulm festgenommenen beiden Reichswehroffiziere sind in der vergangenen Nacht unter starker Bedeckung nach Berlin gebracht und in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden.

STADT GELSENKIRCHEN-BUER

Systematische Vernachlässigung der Köln-Mindener Strecke.

Der Gelsenkirchener Verkehrsverein schreibt uns:

Soeben hat die Reichsbahndirektion Essen ihr vorläufiges Ferienfonderzug-Programm für 1930 bekanntgegeben.

Hiernach verkehren über die

Köln-Mindener Strecke Züge	Berg.-Märk. Strecke Züge	nach
2	4	München
2	4	Basel-Konstanz
0	1	Friedrichshafen
3	2	Hamburg
0	1	Wilhelmshaven
1	1	Norddeich
1	1	Berlin
0	1	Warnemünde
1	0	Saßnitz
0	1	Carlshagen-Trassenheide
0	1	Kiel
1	1	Königsberg
0	2	Beuthen O. S.
0	1	Dresden
0	2	Leipzig
1	1	Erfurt
1	1	Halberstadt
13	25	insgesamt.

Wenn man dieses Ferienfonderzug-Programm mit dem des Vorjahres vergleicht, so erkennt man erneut, daß die Anlieger der Köln-Mindener Strecke systematisch vernachlässigt werden. Im Vorjahre fuhren noch über unsere Strecke insgesamt 15 Ferienfonderzüge; man nahm uns den Zug nach Friedrichshafen, sowie einen der Baseler Ferienzüge. Der Bergisch-Märkischen Strecke gab man noch hinzu, statt 24 nunmehr 25 Ferienfonderzüge. Gegen eine solche Vernachlässigung unserer Interessen müssen wir ganz entschieden Einspruch erheben. Die Reichsbahndirektion soll endlich einsehen, daß ein anderer der Bedeutung der Städte an der Köln-Mindener Strecke gerecht werdender Verteilungsschlüssel gefunden werden muß.

Reichsbahnpläne, die nicht befriedigen können

In dem großen Ausbauprogramm der Reichsbahn ist u. a. auch die Erweiterung der bedeutendsten Hauptbahnhöfe des Bezirks vorgesehen. Soweit die bis jetzt vorliegenden Pläne für die Hauptbahnhöfe in Duisburg und Oberhausen einen Rückschluß auf die Absichten der Reichsbahnverwaltung zulassen, muß leider festgestellt werden, daß eine den Gesamtbezirk befriedigende Lösung nicht herbeigeführt wird. Jedenfalls scheint, wie nachstehend noch näher ausgeführt werden soll, festzustehen, daß der nördliche Teil des Industriebezirks in den erwähnten beiden Bahnhofsprojekten nicht die ihm zukommende Berücksichtigung erfahren soll.

Bei dem Neubau des Duisburger Hauptbahnhofs sind auf der südlichen Seite, also für die Bergisch-Märkische Strecke, sechs Bahnsteigkanten vorgesehen, dagegen auf der nördlichen Seite, also für die Züge der Köln-Mindener Bahn, nur zwei Bahnsteigkanten. Daraus ergibt sich ohne weiteres die starke Bevorzugung der Bergisch-Märkischen gegenüber der Köln-Mindener Linie. Diese Bevorzugung ist um so schwerwiegender, als dadurch von vornherein die Möglichkeit ausgeschaltet wird, den Verkehrsbedürfnissen der Köln-Mindener Linie und damit des gesamten nördlichen Industriebezirkes auch für die Zukunft gerecht zu werden.

Obwohl schon vor einigen Monaten bei der ersten Bekanntgabe des Duisburger Projektes von den beteiligten Interessengruppen begründete Einsprüche erhoben worden sind, hat man bis heute nichts darüber gehört, daß die Reichsbahnverwaltung diesen Wünschen gegenüber sich zugänglich gezeigt habe.

Nun kommt eine weitere Benachteiligung des nördlichen Industriegebietes hinzu, und zwar bei dem Umbau des Oberhausener Haupthahnhofes. Bei dem vorgesehenen Umbau, der einem völligen Umbau fast gleichkommt, hätte man erwarten dürfen, daß für diesen großen Knotenpunkt-Bahnhof inmitten des Industriegebietes eine großzügige Anwendung weitreichender Gesichtspunkte erfolgt wäre. Das scheint aber in keiner Weise der Fall zu sein. Für die beiden durchgehenden Schnellzugstrecken Wesel—Duisburg und die Köln-Mindener Bahn ist zwar der Richtungsbetrieb mit schienenfreien Kreuzungen vorgesehen. Die übrigen von Norden einmündenden Strecken: Wesel — Hamborn — Oberhausen, Dorsten — Osterfeld Nord — Oberhausen, Hamm — Osterfeld Süd — Oberhausen und die Emschertalbahn sollen aber offenbar nur bis Oberhausen durchgeführt werden. Das geht u. a. auch daraus hervor, daß die Strecke Oberhausen — Duisburg vorläufig nur zweigleisig vorgesehen ist. Für die erwähnten Linien muß aber im Interesse des beteiligten Gebietes die Durchführung der Züge bis Duisburg gefordert werden.

Die nach langjährigen Kämpfen glücklich erreichte Personenzugstrecke Oberhausen — Meiderich Süd — Knippbrücke, der in Zukunft noch weit höhere Bedeutung zukommen wird als heute, soll von Süden her unter Kreuzung fast sämtlicher Hauptstreckengleise in den Bahnhof eingeführt werden. Das bedeutet eine völlige Lahmlegung dieser Strecke, da der Betrieb auf den Hauptstrecken natürlicherweise vorgehen muß.

Eingehende Untersuchungen von beteiligter sachmännischer Seite haben gezeigt, daß eine bessere Lösung der Oberhausener Bahnhofsfrage durchaus möglich ist. Diese Lösung, die im übrigen auch von der Reichsbahn als möglich anerkannt wird, verursacht allerdings höhere Kosten. Aber diese erhöhten Kosten dürfen keinesfalls ausschlaggebend sein gegenüber der Tatsache, daß die berechtigten Verkehrswünsche des nördlichen Industriebezirks unbedingte Berücksichtigung finden müssen, und daß es nicht angeht, die Bergisch-Märkische Linie ganz einseitig zu bevorzugen.

Nach durchaus zuverlässigen Informationen lehnt die Reichsbahn jede Verhandlung über die vorhin behandelten Fragen ab. Sie erachtet es darüber hinaus auch nicht einmal für nötig, den Verkehrsbedürfnissen des nördlichen Industriegebietes auch nur dadurch entgegenzukommen, daß die vorerwähnte bessere Lösung wenigstens für den späteren Ausbau des Bahnhofs Oberhausen vorgesehen und durch Sicherung der dafür erforderlichen Geländeflächen durch Festlegung von Verkehrsbändern vorbereitet wird.

Diese Haltung ist um so unverständlicher, als die zunächst vorgesehenen Ausbau- und Erweiterungsarbeiten auf der Strecke Köln — Duisburg nach Angaben der Reichsbahnverwaltung selbst einen Zeitraum von 5 Jahren in Anspruch nehmen, so daß hinreichend Zeit zur Verfügung steht, die berechtigten Wünsche der Anlieger der Nordstrecken auf bessere Ausgestaltung der Bahnhöfe Duisburg und Oberhausen zu berücksichtigen.

Wie wir weiter erfahren, werden die beteiligten Interessentenkreise und die zuständigen Verkehrs-Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, die berechtigten Wünsche des nördlichen Industriebezirkes wie gegenüber dem Duisburger, so auch gegenüber dem Oberhausener Bahnhofsprojekt durchzusetzen. Vor allem aber werden sie es als ihre Aufgabe betrachten, dafür zu sorgen, daß wenigstens für die Zukunft nicht alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Verkehrs für diesen bedeutsamen Teil des Gesamtgebietes schon jetzt ausgeschaltet werden.

Stadtverwaltung? Wat sagste nu?

Wie Obermüller „ohne Geld" bauen wollte.

Von Gerhard Neysters.

Unserer Stadt sollte großes Heil widerfahren. Unter Führung der Firma Emil Obermüller fand sich der Deutsche **Bauhilfsverein, Kaiserslautern,** bereit, in Hestler etwa 250, vorwiegend 4- und 5-Zimmer-Wohnungen zu bauen.

Geld brauchte man nicht!

Großzügig wollte man die erste Rate der 750 000 RM betragenden Hauszinssteuer erst ein halbes Jahr nach der Bezugnahme der letzten Wohnung, frühestens jedoch erst am 1. Mai 1931 haben, die zweite und dritte Rate je ein Jahr später. Die Miete sollte vertragsgemäß nicht über 18 RM je Zimmer betragen; nur sollten

die Mieter verpflichtet werden, eine Lebensversicherung unter nicht zu schlechten Bedingungen abzuschließen.

Auch sollten die Arbeiten vorwiegend Gelsenkirchener Unternehmern übertragen werden. So schien alles gut.

Nur unsere Fraktion traute dem Brei ebenso wenig wie Herr Vorberg.

Die Mehrheit des Hauszinssteuerausschusses wollte einmal klar sehen, dann aber auch die bekannte

„Mark"-Angelegenheit erst geklärt

haben, ehe sie Herrn Obermüller weiteres Vertrauen entgegenzubringen gedachte.

Aus diesen Gründen lehnte der Hauszinssteuerausschuß das Angebot ab. Man „arbeitete" aber weiter! Leider starb Herr Vorberg inzwischen.

Die Angelegenheit kam zu unserem Erstaunen nochmals auf die Tagesordnung. Der Herr **Finanzdezernent** erschien sogar in eigener Person, um immer wieder die Vorzüge des Angebotes darzulegen. Ein Holländer, Taytelhom, sei der Finanzmann, der aus lauter Menschenfreundlichkeit die Finanzierung übernehme. Unsere Fraktion aber glaubte nun einmal an diese Menschenfreundlichkeit nicht, konnte nicht glauben, daß gerade diesem Holländer unsere Wohnungsnot so zu Herzen ginge, und verlangte weiterhin lückenlose Klarheit bzgl. der Finanzierung.

Wir erreichten leider nur die Vertagung

mit dem Auftrag an die Verwaltung, lückenlose Klarheit herbeizuführen. Zu unserem Erstaunen war diese „Klarheit" sofort herbeigeführt, denn schon drei Tage später wurde wiederum der Hauszinssteuerausschuß mit diesem einzigen Punkt auf der Tagesordnung einberufen. Es eilte auch! Denn am Tage darauf, dem 14. November 1929, tagte der **Hauptausschuß** zum letzten Male, den die Materie noch passieren mußte; am 17. November waren bekanntlich die Neuwahlen. Nachdem der Hauszinssteuerausschuß mit knapper Mehrheit zugestimmt hatte, fand die Verwaltung im Hauptausschuß auf Grund ihrer Ausführungen eine große Mehrheit. Festgestellt werden muß, daß Baurat **Fuchslocher** sich nur unwillig den Forderungen des Finanzdezernenten beugte.

Nachdem der Hauszinssteuerausschuß die

Bewilligung gegen unsere Fraktion beschlossen

hatte, habe ich namens unserer Fraktion offen erklärt, daß wir die Entwicklung verfolgen werden und überzeugt davon sind, daß hier ein Projekt seinen Anfang nimmt, vielleicht in seiner Auswirkung ebenbürtig dem Projekt „Mark" sein wird.

Heute schon bin ich in der Lage, der Verwaltung nicht nur ein „Vorsicht" zuzurufen, sondern den

Beweis für die Notwendigkeit besonderer Vorsicht

zu bringen. Die seinerzeit ausgesprochenen Warnungen unserer Fraktion im Hauszinssteuerausschuß haben sich durch Tatsachen weit überholt.

Wie sind seinerzeit die „Verbindungen" des Herrn Obermüller gelaufen?

Folgender Brief

gibt eine wunderbare Aufklärung, wie es gemacht wurde:

Emil Obermüller,
Diplomingenieur,
Fernruf 362.

Gelsenkirchen, 5. Sept. 1929.
Wanner Straße 12.

Eingegangen: 7. Sept. 1929.
Beantwortet: 7. Sept. 1929.
streng vertraulich geantwortet.

Herrn Heeskens i. Fa.
Deutscher Bauhilfe-Verein
Kaiserslautern.

Sehr geehrter Herr Heeskens!

Wie ich höre, ist Herr Baurat Fuchslocher von seiner Reise noch nicht zurück und konnte mir auch keine genaue Auskunft betr. seiner Rückkehr gegeben werden.

Ich werde mich aber orientiert halten und gleich nach seiner Rückkunft dort vorsprechen wegen baldigster Festsetzung der Sitzung. Im gleichen Sinne lasse ich direkt und indirekt mit den Zentrumsführern verhandeln.

Die KPD. wird dauernd unter Dampf gehalten.

Letzteres kostet natürlich etwas. Ich habe selbst schon rund 600 Mark ausgegeben.

Nun kann einer von den Hauptführern der KPD. eine Wirtschaft bekommen gegen eine Kaution von 5000 RM. Die Unterlagen habe ich geprüft. Ich habe aber sofort erklärt, daß der ganze Betrag nicht vor der Sicherstellung unserer eigenen Sache gegeben werden könnte, natürlich nur als Darlehn.

Ich möchte nun vorschlagen, daß vielleicht vor (! D. Red.) der Sitzung eine Rate von zirka 1000 Mark Ihrerseits gezahlt würde. Die nächste Rate könnte ich dann wieder übernehmen usw. h. w.

Ueberlegen Sie sich die Sache schnell, ich halte es für wichtig, daß wir vor der Sitzung in dieser Sache etwas tun.

Es ist ja leider so, daß nur ein geschmierter Wagen gut läuft.

Ueberlegen Sie sich also bitte, was Sie tun können.

Freundliche Grüße

J. A.: v. Herrn Obermüller.
(Unterschrift unleserlich.)

So also hat die Geschichte angefangen. Aufgehört hat sie darum, weil die Finanzierung eben nicht da war, Obermüllers Verbindungen versagt haben, und man auf der Suche nach den 750 000 RM., die man doch der Stadtverwaltung gestundet hat, ist.

Der menschenfreundliche Holländer hat glänzend versagt, weil er wohl unter den Umständen nicht genug verdienen konnte. So ist auch der Finanzdezernent um seinen Kommunalkredit, der als besonderer Köder hingehalten war, gekommen. Auch werden der Stadtverwaltung die Bemühungen nicht ganz unbekannt geblieben sein, mit denen man der Verpflichtung nachkommen wollte, das hiesige Handwerk zu beschäftigen. Der Brief des Innungsausschusses Troisdorf gibt wohl hier genügend Aufklärung. Bot man doch dort einer Firma Aufträge unter Bedingungen an, die alles andere, nur nicht gerade die Preise und damit die Mieten verbilligte. Auch wenn es Kaiserslautern noch gelingen sollte, die 750 000 RM aufzutreiben, so wird das nur unter Bedingungen geschehen können, die wiederum auf die Mieten drücken; Bedingungen, die nicht mehr dem Beschluß des Hauptausschusses entsprechen und daher den Vertrag ungültig machen. Kaiserslautern hat dann auch mit Obermüller gebrochen. Neuerdings soll sich unter Vermittlung eines Gelsenkirchener Maklers Hoch-Tief-AG. dafür interessieren, die die Bauausführung ihrer Tochtergesellschaft „Glückauf" übertragen will, vorausgesetzt, daß die Schwierigkeiten, welche baupolizeilich entstanden sind, überwunden werden. Kann doch das Grundstück bzw. dort eine Siedlung von 250 Wohnungen nur dann der Kanalisation angeschlossen werden, wenn unter erheblichen Kosten, für die Gelder nicht vorhanden sind, die Vorflutverhältnisse geändert werden.

Stadtverwaltung! Wat sagste nu?

Alles das, was unsere Fraktion andeutete, ist schon viel schlimmer und viel schneller eingetroffen, als wir es vorausgesagt haben. Was gedenkt die Stadtverwaltung nun zu tun? Hoffentlich nicht laufenlassen und totschweigen wie im Falle „Mark" und Westdeutsche Wegebau-Gesellschaft bzw. Nandelstaedt. Noch ist es Zeit, dem Gelsenkirchener Baugewerbe und den Bauhandwerkern und Bauarbeitern die Verdienstmöglichkeit zu retten, den Mietern die Mieten nicht unnötig zu verteuern. Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah?

Leichenlandung. Der Schiffer Stadler aus Mannheim, der als vermißt gemeldet war, wurde am Dienstag als Leiche aus dem Grimberghafen gezogen. Es liegt zweifellos ein Unglücksfall vor. St. ist nach der polizeilichen Ermittlung von seinem Schiffe heruntergefallen, hat eine schwere Schädelverletzung davongetragen und ist dann ertrunken.

Kinder verursachen Verkehrsunfall. Der 5jährige Schüler Johann Hohland, wohnhaft Neubüllerstraße, lief am Montagnachmittag auf der Bulmker Straße der Musik, die bei einer Beerdigung spielte, nach. Er achtete hierbei nicht auf einen Kraftwagen aus Wanne und wurde von diesem überfahren. Mit schweren Brust- und Kopfverletzungen wurde der Knabe ins Krankenhaus eingeliefert, wo er besinnungslos darniederliegt. — Da sich in letzter Zeit in Gelsenkirchen durch die Unachtsamkeit von Kindern immer wieder Verkehrsunfälle ereignen, ergeht an Eltern und Erzieher die dringliche Mahnung, ihre Kinder unaufhörlich auf die Verkehrsgefahren immer wieder hinzuweisen.

Einbruchsdiebstähle. In der Nacht zum 15. März 1930 wurde in ein Stahlwarengeschäft an der Bahnhofstraße ein frecher Einbruchsdiebstahl verübt. Die Ladentür wurde mittels Nachschlüssels aufgeschlossen und nach Verlassen des Ladens wieder abgeschlossen. Es wurde lediglich eine Pistole entwendet, während viel wertvollere Gegenstände dagegen liegenblieben. — In der gleichen Nacht wurde in ein Büro eines Möbelhändlers an der Bochumer Straße eingebrochen. Den Tätern ist nur einige Mark Wechselgeld in die Hände gefallen, trotzdem sämtliche Behältnisse des Büros durchwühlt wurden. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei Gelsenkirchen entgegen.

Zur Klärung! Im Zusammenhang mit den Pressemeldungen über die beabsichtigte Verlegung der orthopädischen Versorgungsstelle von Gelsenkirchen nach Dortmund hat die Annahme Verbreitung gefunden, daß auch die orthopädische Werkstelle verlegt werden solle. Diese Auffassung trifft nicht zu. Bei der orthopädischen Werkstelle handelt es sich um eine private Unternehmung, die mit der orthopädischen Versorgungsstelle nichts zu tun hat und die unbeschadet dessen, wie die Frage einer evtl. Verlegung der orthopädischen Versorgungsstelle ausläuft, ihren Betrieb in Gelsenkirchen weiterführen wird. Im übrigen, ist, wie wir erfahren, eine endgültige Entscheidung über die Zukunft der orthopädischen Versorgungsstelle noch nicht getroffen. Die Stadtverwaltung hat bereits neuerliche Schritte unternommen, um die beabsichtigte Verlegung der Versorgungsstelle nach Dortmund zu verhindern.

Weiße Zähne machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wundervollen Elfenbeinglanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Arbeitsziele des Städtischen Konservatoriums. Das Städt. Konservatorium Gelsenkirchen-Buer ist eine Fachschule, deren Unterricht sämtliche Zweige der Tonkunst umfaßt. Schülern, die sich als ausübende Künstler oder als Lehrer der Musik zuwenden wollen, gibt sie eine von den ersten Anfängen bis zur künstlerischen Reife führende allseitige musikalische Ausbildung. Ganz besonders aber widmet sich die Anstalt auch der Heranbildung von Dilettanten, denen die Befähigung zur Pflege guter Hausmusik gegeben werden soll. Neuaufnahmen finden Mittwoch, dem 26. März, von 16 bis 19 Uhr, und Donnerstag, den 27. März, von 15 bis 17 Uhr, im bisherigen Konservatoriumsgebäude, Knappschaftsstraße 4, statt.

Pflegen Sie Kammermusik? Für jeden musikalischen Menschen ist es eine besondere Freude, zu Hause oder im Kreise seiner Freunde gute Kammermusik zu treiben. Die Kenntnisse und Fähigkeiten, die nötig sind, um Hausmusik in künstlerisch vollendeter Form zu pflegen, erwerben Sie im Städtischen Konservatorium Gelsenkirchen-Buer. Neuanmeldungen können Mittwoch, den 26. März, von 16 bis 19 Uhr, und Donnerstag, den 27. März, von 15 bis 17 Uhr, im bisherigen Konservatoriumsgebäude in Ueckendorf, Knappschaftsstraße 4, erfolgen.

Verboten! In letzter Zeit ist wiederholt beobachtet worden, daß jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Hafengelände beschäftigt sind, die Gleise der Hafenbahn überschreiten. Die Betretung der Bahnanlagen ist mit großer Lebensgefahr verbunden und im übrigen auch polizeilich verboten. Die Polizei richtet neuerdings ihr besonderes Augenmerk darauf, daß das Verbot strengstens innegehalten wird. Uebertretungen dieses Verbots werden streng bestraft.

Buer

Handwerk und Berufsberatung.

Die Lehrlingsfrage ist für das Handwerk eine Lebensfrage. Sowohl die Zahl als auch die Qualität der Lehrlinge ist entscheidend für die Zukunft des Handwerks.

Wer zuviel Lehrlinge ausbildet, erhöht damit die Zahl der Gehilfen, die später arbeitslos werden. Abgesehen von den sozial und wirtschaftlich ungünstigen Folgen kann diese Arbeitslosigkeit der Gehilfen dem Handwerk auch im eigenen Interesse nicht gleichgültig sein.

Erstens neigt der arbeitslose Gehilfe dazu, sich zu früh selbständig zu machen. Wenn dies mit ungenügenden Mitteln geschieht, so ist das nur durch Preisunterbietung und durch geringwertige Arbeit möglich. Soweit hierdurch die Kundschaft dem Handwerk entfremdet wird, trägt das gesamte Handwerk den Schaden.

Zweitens neigt der arbeitslose Gehilfe dazu, **Schwarzarbeit** zu verrichten. Hierdurch wird die ungünstige Lage des Handwerks noch mehr erschwert.

Drittens ist der arbeitslose Gehilfe häufig gezwungen, Arbeit als **Hilfsarbeiter** in Bergbau, Industrie, Baugewerbe oder Landwirtschaft anzunehmen. Die Zeit der Ausbildung ist in diesem Falle für ihn ein unnötiger Umweg gewesen. Für das Handwerk, das die Last der Ausbildung trug, bedeutet diese Abwanderung von Handwerkern in Fremdberufe ein unnötiger Leerlauf.

Wer ungeeignete Lehrlinge ausbildet, vermindert zunächst die Leistungsfähigkeit seines Betriebes, schadet sich also selbst, gefährdet außerdem die Zukunft seines Gewerbes und schadet letzten Endes dem Lehrling, der sich später doch nicht durchsetzen kann.

Das Handwerk sollte deshalb zu seinem eigenen Interesse nur geeignete Lehrlinge einstellen. Das Angebot an Lehrlingen ist hier in Gelsenkirchen-Buer besonders groß. Jeder selbständige Meister wird von Jugendlichen überlaufen. Zunächst bedeutet die Abfertigung dieser Jugendlichen in jedem Falle einen Zeitverlust und eine Störung für den selbständigen Meister. Wenn dann noch aus Mitleid, aus Rücksicht auf die Kundschaft und gute Freunde oder aus der Erwartung eines etwaigen Auftrages eine voreilige Einstellung eines Lehrlings erfolgt, so liegt weiterhin die Gefahr nahe, daß ungeeignete Jugendliche in Lehrstellen aufgenommen werden, während sich hochqualifizierte Jugendliche vergeblich bemühen und sich letzten Endes mit Berufen begnügen müssen, in denen sie ihre Fähigkeiten nicht entfalten können.

Hier setzt nun die **Notwendigkeit** und die **praktische Bedeutung** einer **Zusammenarbeit zwischen Handwerk und Berufsberatung** ein. Es dürfte für den selbständigen Meister von Interesse sein zu wissen, daß ihm die Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes jederzeit und kostenlos zur Mithilfe bei der Auswahl und Zuweisung von geeigneten Lehrlingen zur Verfügung steht. Die Berufsberatung hat die Aufgabe, den Ausgleich zwischen dem Bedarf der Wirtschaft an gutem Nachwuchs und dem vorhandenen Angebot von Jugendlichen durchzuführen. Da der Andrang der ratsuchenden Mädchen und Knaben zur Berufsberatung immer größer wird, ist die Auswahl unter den Bewerbern größer als der einzelne Meister sie haben kann. Die Beratung selbst wird umfassend und gewissenhaft von Fachkräften durchgeführt. Die Eignungsfeststellung erfolgt für die Zwecke einer richtigen Berufsfindung und unter Berücksichtigung aller Faktoren, die für die Beurteilung des Jugendlichen wichtig sind: Schulzeugnis, ärztliches Zeugnis, soziale Verhältnisse, Beobachtungen der Schule und durch gründliches, vielseitiges Begutachtungsverfahren (Psychotechnische Eignungsprüfung). Diese Eignungsprüfung wird von einer besonders geschulten Fachkraft vorgenommen.

Für die praktische Zusammenarbeit und für die Benutzung dieser Einrichtung durch das Handwerk sind verschiedene Wege möglich.

Erstens wäre es möglich, daß die einzelne Innung ihren gesamten Lehrlingsbedarf der Berufsberatung anmeldet, so daß die Berufsberatung der Innung zu einem vereinbarten Termin ihre Vorschläge mit dem zur Beurteilung der Jugendlichen erforderlichen Material unterbreitet und der Innung selbst die Zuweisung der Lehrlinge in geeignete Lehrstellen überläßt.

Zweitens kann jeder einzelne Meister die Zuweisung eines oder mehrerer Bewerber um eine Lehrstelle von der Berufsberatung fordern und selbst über die Einstellung entscheiden.

Drittens ist die Abteilung Berufsberatung bereit, solche Jugendlichen, die ein Meister von sich aus einzustellen wünscht, im Interesse des Meisters einer vorhergehenden Eignungsprüfung zu unterziehen. In diesem Falle würde es der Meister ebenfalls wieder selbst in der Hand haben, ob er, je nach dem Ausfall der Prüfung, den Lehrling einstellt; andernfalls wird die Berufsberatung versuchen, den Lehrling seiner Veranlagung entsprechend zu beraten und zu vermitteln.

Die freie Entscheidung des Lehrherrn darüber, welchen Lehrling er einzustellen wünscht, soll durch diese Vorschläge in keiner Weise berührt werden.

Im Interesse einer geordneten Berufszuführung im Handwerk wäre es zu begrüßen, wenn die Einrichtung der Berufsberatung weitgehend in Anspruch genommen würde.

Die Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes befindet sich im Goldberghause, Goldbergstraße 84, und ist telefonisch unter Nr. 135 oder persönlich jederzeit (außer Mittwochs und Samstags nachmittags) zu erreichen.

Neufestsetzung der Mietzinsregelung.

Während bisher auf Grund einer Vereinbarung zwischen Vertretern der Vermieter- und Mieterorganisation von einer Erhöhung der Friedensmieten abgesehen wurde, soll ab 1. April dieses Jahres eine anderweitige Regelung stattfinden.

In den Gemeindezuschlägen von 340 Prozent zur staatlichen Grundvermögensteuer sind 90 Prozent städtische Abgaben enthalten, die in den in der Friedensmiete enthaltenen Betriebskosten bereits Deckung fanden, also doppelt bezahlt wurden. Ein Ausgleich war aber dadurch gegeben, daß nach § 2, Absatz 2, der Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen vom 17. April 1924 Nebenleistungen und Verpflichtungen des Mieters, die dieser am 1. Juli 1914 vertraglich oder ortsüblich übernommen hatte und die auf die Festsetzung der Höhe des Mietzinses von Einfluß waren, bei der Bemessung der Friedensmiete zu berücksichtigen sind, nicht aber berücksichtigt wurden. Die Schönheitsreparaturen sind Nebenleistungen dieser Art. Nach den allgemein bekannten Mietverträgen aus der Zeit vor und nach dem 1. Juli 1914 war in der weit überwiegenden Zahl den Mietern die Ausführung der Schönheitsreparaturen (Tapezieren und Anstreichen oder Kälken der Wände, Streichen der Fußböden, Türen und Fenster) auferlegt. Für diese Nebenleistungen hat bereits der Herr Minister für Volkswohlfahrt im § 7, Absatz 2, der Verordnung vom 17. April 1924 den Satz von 4 v. H. festgelegt. Hiernach haben die Vermieter Anspruch auf eine Friedensmiete von 104 v. H. des am 1. Juli 1914 dargezahlten Betrages an Miete. Auf diesen Anspruch verzichteten die Vermietervertreter unter der Voraussetzung, daß die Umlage des 100prozentigen Gemeindezuschlages umgelegt werden dürfen. Nach § 19 des Reichsmietengesetzes kann auf die nach diesem Gesetz den Vertragsteilen zustehenden Rechte nicht verzichtet werden. In mehreren Fällen sind von streitenden Parteien gerichtliche Urteile herbeigeführt worden, die es nun notwendig erscheinen lassen, die Regelung der Mietzinsbildung für die Stadt Gelsenkirchen-Buer zu erneuern, um eine Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen.

Die Neuerung besteht darin, daß in den Fällen, in denen am 1. Juli 1914 abweichend vom Bürgerlichen Gesetzbuch die Schönheitsreparaturen vom Mieter übernommen waren, hierin eine Nebenleistung zu erblicken ist, die in Geld zu veranschlagen und dem Vermietzins hinzuzurechnen ist. Die Friedensmiete erhöht sich in solchem Falle, wie dies in sämtlichen der Stadt Gelsenkirchen-Buer benachbarten Gemeinden und darüber hinaus, so z. B. in Essen, Bochum, ferner in Oberhausen, Dortmund usw., bereits geschehen ist, um den bereits vom Herrn Minister für Volkswohlfahrt im § 7, Absatz 2, der Verordnung vom 17. April 1924 genannten Betrag von 4 v. H. auf 104 v. H. der Vermiete vom 1. Juli 1914. Diese Miete stellt die reine Friedensmiete dar, zu der die vom Minister für Volkswohlfahrt in seinen Verordnungen festgesetzten behördlichen Zuschläge zu zahlen sind.

Am 14. April 1928 erging die Verordnung über Betriebskosten in der gesetzlichen Miete, nach der eine Erhöhung der gesetzlichen Miete um einen der jeweiligen Höhe der Abgaben entsprechenden Hundertsatz der reinen Friedensmiete eintritt, wenn die Betriebskosten am 1. Juli 1914 von der Gemeinde getragen und nach diesem Zeitpunkt vom Vermieter erhoben wurden. Da im Stadtteil Horst am 1. Juli 1914 die Straßenreinigungskosten von der Gemeinde getragen und nunmehr von den Vermietern ab 1. April 1930 Abgaben in Höhe von 35 Prozent Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer erhoben werden, so erhöht sich die gesetzliche Miete in diesem Stadtteil um 1,4 v. H., also auf 121,4 v. H. der reinen Friedensmiete.

Die Gemeindezuschläge zur staatlichen Grundvermögensteuer sind laut Verordnung des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 23. Juni 1924 nach dem Verhältnisse der reinen Friedensmieten auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Räume anderer Art umzulegen, soweit der Gemeindezuschlag 100 Prozent übersteigt. Da in den von der Stadt Gelsenkirchen-Buer erhobenen 340 Prozent für Abgaben 90 Prozent enthalten sind, bleiben 340 — (100 und 90) = 150 Prozent umlagefähig. Diese 150 Prozent entsprechen etwa einem Satz von rund 6 v. H. der reinen Friedensmiete.

Beispiele:

1. Vermieter führte am 1. Juli 1914 die Schönheitsreparaturen aus, ebenso fortlaufend bis heutigen Tages. Angenommen: Am 1. Juli 1914 wurden gezahlt 25,00 RM

   In diesem Falle stellt dieser Betrag die „reine" Friedensmiete dar, zu der die Zuschläge zu zahlen sind. Die gesetzliche Miete beträgt: 120 v. H. aus 25,00 RM = 30,00 RM
   + Umlage des Gemeindezuschlages zur staatlichen Grundvermögensteuer (150 Proz.), die hier zu 6 v. H. der reinen Friedensmiete angesetzt seien, 0,06 . 25,00 RM = 1,50 RM

   Gesamtmiete: 31,50 RM

   Für den Stadtteil Horst kommt bei jedem Beispiel noch ein weiterer Betrag von 1,4 v. H. der reinen Friedensmiete hinzu, also
   im Beispiel 1 und 2 = 0,014 . 25,00 RM = 0,35 RM
   im Beispiel 3 und 4 = 0,014 . 26,00 RM = 0,36 RM

2. Vermieter führte am 1. Juli 1914 die Schönheitsreparaturen aus. Gegenwärtig hat der Mieter diese übernommen. Annahme: Am 1. Juli 1914 wurden gezahlt 25,00 RM

   die die reine Friedensmiete darstellten. Die gesetzliche Miete + Zuschlag, wie vor = 31,50 RM
   Der Mieter ist berechtigt, 4 v. H. der Friedensmiete abzuziehen, also — 0,04 . 25,00 RM = 1,00 RM

   Gesamtmiete: 30,50 RM

3. Mieter führte am 1. Juli 1914 die Schönheitsreparaturen aus, ebenso fortlaufend bis heutigen Tages. Annahme: Am 1. Juli 1914 wurden gezahlt = 25,00 RM

   Die „reine Friedensmiete" beträgt
   25,00 + 0,04 . 25,00 = 26,00 RM

   Die gesetzliche Miete beträgt
   120 v. H. aus 26,00 RM = 31,20 RM
   + Umlage 0,06 . 26,00 = 1,56 RM

   zusammen: 32,76 RM

   Der Mieter ist berechtigt, 4 v. H. der bar gezahlten Miete abzuziehen, also 0,04 . 25,00 = 1,00 RM

   Gesamtmiete: 31,76 RM

4. Mieter führte am 1. Juli 1914 die Schönheitsreparaturen aus. Gegenwärtig hat der Vermieter diese übernommen.
   Annahme: Am 1. Juli 1914 wurden gezahlt: 25,00 RM
   Die „reine Friedensmiete" beträgt
   25,00 + 0,04 . 25,00 = 26,00 RM

   Die gesetzliche Miete beträgt:
   120 v. H. aus 26,00 = 31,20 RM
   + Umlage 0,06 . 26,00 = 1,56 RM

   Gesamtmiete: 32,76 RM

   Der Mieter ist in diesem Falle nicht berechtigt, einen Abzug für Schönheitsreparaturen vorzunehmen.

Jungsozialisten Westliches Westfalen.

Auf, zur 2. Westdeutschen Jungsozialisten-Tagung am 29. und 30. März in Barmen.

Die Tagung sieht folgendes Programm vor:

Am 29. März, 20 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses Unter-Barmen: Proletarische Feierstunde. Zur Aufführung kommen Tollers „Maschinenstürmer", ferner Musik, Gesang und Rezitationen.

Am Sonntag, dem 30. März, vormittags 10.30 Uhr: Beginn der 2. Westdeutschen Jungsozialistentagung. Es spricht Genosse Engelbert Graf.

Damit die Barmer die Quartiersfrage (Freiquartiere) gut und reibungslos durchführen können, muß rechtzeitig die Zahl der Teilnehmer durch die einzelnen Gruppenleiter angegeben werden. **Sorgt für rege Beteiligung.**

Die Reichsleitung versandte in diesem Monat an alle Gruppen Material. Gruppen, die dieses nicht erhalten haben, müssen sich umgehend melden, damit das Material von der Gauleitung zugestellt werden kann.

Die Gauleitung.

Ein gefährlicher Einbrecher unschädlich gemacht! In den letzten Wochen wurde die Bevölkerung durch nächtliche Einbrüche sehr beunruhigt. Den Dieben fielen Werte bis zu 2000 RM in die Hände. Der Polizei ist es nunmehr gelungen, die Täter zu ermitteln und sie einer Anzahl Einbrüche zu überführen. Es handelt sich bei dem Haupttäter um den Bergmann August Rosinski aus Herten, der zur Zeit in Werl noch eine Zuchthausstrafe zu verbüßen hat. Weihnachten 1929 war er für drei Tage beurlaubt. Von diesem Urlaub kehrte er aber nicht wieder zurück und nahm sein diebisches Handwerk wieder auf. Er hielt sich unangemeldet bei seiner in Buer-Beckhausen wohnenden verheirateten Schwester auf. Er ist folgender Diebstähle überführt und geständig: Diebstähle bei dem Anstreichermeister Schulte, Wester-

Tonfilmaufnahme mit Richard Tauber.

Draußen im Tempelhof. Irgendwann am frühen Nachmittag. Hochbetrieb in den Tonfilmateliers der Tobis, Großaufnahmetag.

„Pause!", ruft Regisseur Reichmann. Die Matrosen, die eben noch von der Heimat träumten, trollen sich in der Richtung der Kantine, und auch Tauber sucht seine Garderobe auf, um nach einem anstrengenden Aufnahmetag zu seinem ersten Tonfilm: „Ich glaub nie mehr an eine Frau", ein wenig auszuruhen. Immerhin findet er noch soviel Zeit, um über seine Arbeit, über seine Einstellung zum Tonfilm zu plaudern.

„Wissen Sie", sagt er, während er es sich in seiner Garderobe bequem macht, „ich bin doch nun ein alter Theaterhase. Ich habe in vielen Premieren meinen Mann gestanden und müßte eigentlich die notwendige Ruhe und Abgeklärtheit besitzen. Aber ich muß doch sagen, daß keine Premiere mich so mit Erwartung erfüllt, wie die Uraufführung des ersten Tonfilms. Ich stehe bewundernd vor einer neuen Kunstrichtung, deren Weltbedeutung wohl noch nicht alle in ihrem vollen Umfange erkannt haben. Damals, als man zum ersten Male von der neuen Erfindung, dem Tonfilm, las und hörte, stand ich diesem neuen Kapitel in der Geschichte des Films reichlich skeptisch gegenüber. Ich konnte mir kein rechtes Bild von den Möglichkeiten des Tonfilms machen, und als man mir dann den Vorschlag unterbreitete, in einem Tonfilm die Hauptrolle zu singen, sagte ich nur zögernd „ja"! Aber dann kam ich ins Atelier, dann sah ich, wie gearbeitet wurde, dann ließ ich mir die Resultate der ersten Aufnahmetage vorführen und war begeistert! Es ist vielleicht ein wenig kindlich, aber ich habe fast geheult, als ich mich das erstemal da oben auf der Leinwand singen hörte."

Ein Händedruck, ein Nicken, das Monokel verschwindet, und aus Richard Tauber ist wieder der arme Matrose geworden, der tragische Held des deutschen Tonfilms: „Ich glaub' nie mehr an eine Frau", welcher ab Freitag im Apollo-Theater läuft.

Die erste Tonfilmoperette.

Von Hans Müller und Robert Liehmann.

Die Bühnenoperette hat in den letzten Jahren ein immer ernsteres Gesicht angenommen. Sie wetteifert an tragisch geschürzten Aktschlüssen mit dem Drama. Je mehr geweint wird, desto zugkräftiger ist das heitere Genre.

Vielleicht hat der Film natürlichere Möglichkeiten als die Bühne, aus der Operette wieder jenen „ungezogenen Liebling der Grazien" zu machen, der sich selbst nicht allzu ernst nimmt, und darum in einer ersten Zeit eine dankbare Aufgabe zu erfüllen hat.

Im „Liebeswalzer" ist ein erster Versuch dieser Art gemacht worden. Die Amerikaner gehen grundsätzlich von einer erprobten Bühnenoperette aus und verpflanzen sie einfach von der Rampe auf die Leinwand. Wir haben den umgekehrten Weg eingeschlagen: im Rahmen eines leichten, gewichtlosen Vorganges, der die Gestalten, Verknüpfungen und Gefühle unter ein kleines Salzfaß von Ironie stellt, der Musik alle Möglichkeiten zu geben. Neue Melodien sollten ebenso erklingen können wie alte Volkslieder. Die menschliche Stimme und das charakterisierende Instrument mußten einander ablösen. Und alle Steigerungen des Stoffes sollten in jener Sprache ausgedrückt sein, die man auf der ganzen Welt versteht: in der Melodie.

Nicht zum Nachdenken, manches zum Mitsummen. Es sollte kein anderes Problem gelöst werden als das eine, wie man auf angenehmste Weise zwei Stunden lang seine Sorgen vergißt. Dieses Programm der angenehmen, sauberen Gewichtslosigkeit ist allerdings leichter aufgestellt als erfüllt. Die Uraufführung des „Liebeswalzer" wird zeigen, ob der erste Schritt auf diesem Wege das Ziel schon erreicht hat.

Die erste Ufa-Tonoperette „Liebeswalzer" gelangt ab Freitag, dem 21. dieses Monats, in dem Ufa-Theater „Schauburg", Gelsenkirchen, zur Aufführung.

Städtische Veranstaltungen.

Chorkonzert am Donnerstag, dem 20., u. Freitag, dem 21. März.

Das Chorkonzert, das morgen (Donnerstag) in der Schauburg, Buer, und Freitag, den 21. März, im Hans-Sachs-Haus, Gelsenkirchen, stattfindet, bringt nun zwei Werke in der Verbindung von Chor und Orchester — das eine noch mit Solostimmen — die, von außerordentlicher Schwierigkeit, höchste künstlerische Werte bergen. Zunächst wird ein Werk von Max Reger „Die Nonnen" zu Gehör gebracht, in dem Reger sich als Meister der Form und des Klanges darstellt. Das andere Werk — die Uraufführung der E-Dur-Messe von Hubert Pfeiffer — dürfte allgemeines Interesse erregen. Karten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Städt. Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer Nr. 228), Rathaus Buer, Zimmer 17, in den bekannten Verkaufsnebenstellen und an beiden Tagen eine Stunde vor Beginn an der Abendkasse. Anfang 20 Uhr.

„Eltern und Kinder",

eine Komödie von Bernard Shaw, bringt das Düsseldorfer Schauspielhaus heute — Mittwoch — in der Stadthalle für die Vormietergruppe weiß zur Aufführung. Beginn: 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr. Tageskarten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Städt. Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228), in den Verkaufsnebenstellen und ab 18.45 Uhr in der Stadthalle an der Kasse.

Nr. 66. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Essenkirchen-Buer. Mittwoch, den 19. März 1930.

Die Armee organisierter Kriegsopfer.

Die Gauleitung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen in Hamm (Westf.), Schillerstraße 5, teilt uns mit:

Deutschland hat durch den Weltkrieg einschließlich der in der Gefangenschaft verstorbenen Soldaten rund 2 Millionen Kriegstote zu beklagen. Ueber die Sterbefälle unter den Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern in der Nachkriegszeit besteht eine genaue Statistik nicht. Es ist deshalb nicht möglich, genaue Zahlen über die bisher eingetretenen Todesfälle, die auf den Krieg zurückgeführt werden müssen, zu geben.

Bei Inkrafttreten des Reichsversorgungsgesetzes, das ist am 1. April 1920, zählte man in Deutschland insgesamt 1 574 000 versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte. Diese Zahl ist weiter nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß während des Krieges mehr als 13 Millionen deutscher Soldaten mobilisiert waren, und daß insgesamt über 4 Millionen Kriegsverwundungen gezählt worden sind. Anspruch auf Versorgung haben aber auch solche Kriegsteilnehmer, bei denen innere Gesundheitsstörungen nachweisbar auf den Kriegsdienst zurückzuführen sind.

Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten ist durch gesetzliche Abfindung der 10- und 20prozentigen Erwerbsbeschränkten in den Jahren 1920 bis 1923 um mehr als 800 000 gesenkt worden. Gegenwärtig werden infolge notwendiger Hinzunahme von abgefundenen Kriegsbeschädigten, deren Leiden sich nach der Abfindung verschlimmert hat (rund 20 000) und infolge notwendiger Hinzunahme von Beschädigten, bei denen erst in den letzten Jahren sich die Folgen der Dienstbeschädigung in einem die Versorgung begründetem Umfange bemerkbar gemacht haben, etwas über 800 000 versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte gezählt. Diese Zahl wird sich auf lange Zeit hinaus, im Gegensatz zu den in den letzten Jahren wiederholt bei Kritik unserer öffentlichen Finanzwirtschaft geäußerten Ansichten, nicht mindern lassen.

Mit den Hinterbliebenen (Witwen, Waisen, Eltern) ist gegenwärtig mit einer Gesamtzahl rentenbeziehender Versorgungsberechtigter von etwas über 2 500 000 zu rechnen.

Interessant ist auch ein Einblick in die Stärke der bestehenden Kriegsopferorganisationen. An erster Stelle steht dabei der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, der nach seiner Abrechnung zum Schluß des Jahres 1929 475 000 Mitglieder zählte. Nicht mitgerechnet sind dabei die Mitglieder, die wegen schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse den Beitrag nicht leisten können. Die anderen Organisationen läßt der Reichsbund hinsichtlich der Mitgliederzahl weit zurück. Genaue Mitgliederzahlen können für diese allerdings nicht angegeben werden, da sie nicht, wie der Reichsbund, regelmäßig ihre Abrechnung herausgeben. Insgesamt zählt man sieben Organisationen, die im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge, der beim Reichsarbeitsministerium errichtet ist, zugelassen sind. Von diesen sieben zählen Mitglieder:

der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen	475 000
der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, E. V., etwa	180 000
der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, E. V.,	50 000
der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, E. V.,	15 000
der Allgemeine Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands (Absplitterung vom Internationalen Bund)	10 000
der Bund erblindeter Krieger, E. V.,	2 220
der Deutsche Offiziersbund	50 000

Ueber die Mitgliederzahl des Verbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen im Kyffhäuserbund ist nichts bekannt. Doch dürfte die Zahl kaum 100 000 erreichen. Für die Vertretung der sozialpolitischen, wirtschaftlichen und ideellen Interessen der Kriegsopfer ist der Reichsbund auf Grund seiner überragenden Stärke die einflußreichste und maßgebendste Kriegsopferorganisation. Er steht auf dem Boden der Republik. Im Interesse einer einheitlichen Vertretung der Kriegsopferinteressen wäre es nur zu begrüßen, wenn die kleineren Verbände sich der großen Reichsbundorganisation eingliedern würden.

ARBEITER-SPORT

Rüstet zum ersten Hallen-Turn- und Sportfest

am 27. April in der Ausstellungshalle in Gelsenkirchen!

Zum erstenmal findet in der Geschichte der Arbeiterturnbewegung des 13. Bezirks ein Hallen-Turn- und -Sportfest statt. Ist es gelungen, nach den politischen Wirren im vorigen Jahr das erste Turnspartenfest aufzuziehen, das einen glänzenden Verlauf genommen hatte, so veranstaltet am 27. April die Turnersparte das erste Hallen-Turn- und -Sportfest. Der sportlichen Darbietungen sind sehr viele, u. a. wird das Kreisausscheidungsturnen dort vonstatten gehen. Ebenso finden auf sämtlichen Plätzen der Stadt Gelsenkirchen Fuß- und Handballspiele statt. U. a. wird die Stadtmannschaft Gelsenkirchen gegen die Lippe-Verbandsmannschaft ihre Kräfte messen. Wenn wir schon in diesem Jahre der Feste sehr viele haben, und die wirtschaftliche Lage auch nicht rosig ist, so soll uns das aber nicht abhalten, uns an diesem Tage voll und ganz zu beteiligen. Schon heute rufen wir alle denjenigen Genossinnen und Genossen, die von auswärts kommen, zu:

Willkommen in der Stadt der Arbeit!

Näheres wird demnächst bekanntgegeben. F. Ch.

Spartenjugendleiter.

An alle Vereine des 13. Organisationsbezirks!

Laut Beschluß der letzten Vereinsjugendleitersitzung in Buer, findet am 12. und 13. April 1930, in Gelsenkirchen-Rotthausen, im Volkshaus, ein Vereinsjugendleiterkursus statt. Das Programm sieht folgendes vor:

Samstag, den 12. April, abends 8 Uhr: Vortrag über Jugend und Körperschaft. Referent: Jugendsekretär Willi Hofmann, Dortmund.

Sonntag, den 13. April, vormittags 8 Uhr, in der Turnhalle: Turnspiele, Leiter: Kreistechniker Hans Küppers, Düsseldorf; nachmittags 2 Uhr: Vortrag: Jugend und Techniker; Referent: Karl Meis, Solingen. — Anschließend: Aussprache über den Kursus.

Uebernachtet wird in der Jugendherberge im Volkshaus. Die Meldung der Teilnahme muß bis zum 1. April an den Unterzeichneten erfolgt sein.

Karl Mücke, Bezirksjugendleiter, Bottrop, Vinckenstr. 67.

Machtvolle Kundgebung des Reichsbanners.

Hörsing rechnet mit den Feinden der Republik ab.

Der Gau Niederrhein des Reichsbanners hielt am Samstag und Sonntag seine aus dem ganzen Gau sehr gut besuchte Tagung in Essen ab. Am Samstagnachmittag fand eine Sitzung der Behörden und Pressevertreter und der Funktionäre des Reichsbanners statt, an der Bundespräsident Hörsing und Regierungspräsident Bergemann teilnahmen. Letzterer kam auf die Feinde der Republik zu sprechen: Die Gefahren von links seien in Deutschland weniger groß; viel größer sei die Gefahr von rechts; denn auf dieser Seite sei einmal Geld vorhanden, sodann viele Intellektuelle, die die Führer abgäben und schließlich eine große Zahl Landknechtsnaturen. Wenn er auch glaube, daß die staatlichen Machtmittel in der Stunde der Not ausreichten, so sei es immer besser, wenn man im Rücken eine sichere Deckung habe. Insofern vertraue er auf das Reichsbanner, das er „die organisierte zivile Republik" nannte. Es müsse die Republikaner erziehen, und zwar mehr durch das Beispiel und die Tat als durch laute Propaganda.

Um 20 Uhr fand dann im großen, festlich geschmückten, bis auf den allerletzten Platz gefüllten Saale eine machtvolle Kundgebung für die Republik statt. Hamacher, der Vorsitzende der Ortsgruppe Essen, fand herzliche Worte der Begrüßung, aber auch scharfe Worte der Mißbilligung und des Bedauerns darüber, daß die Stadtverwaltung wiederum, wie so oft bei Reichsbannerkundgebungen, durch Abwesenheit glänze.

Hörsing, der hierauf das Wort nahm, wurde von den Versammelten mit nicht endenwollendem Beifall empfangen, um sich in seiner bekannten Art mit Witz, Hohn und Spott mit den Feinden der Republik auseinanderzusetzen. Es sind dieses die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Hörsing ging von den Deutschkonservativen der Vorkriegszeit aus, die turmhoch über den heutigen Deutschnationalen gestanden hätten, beschäftigte sich mit Hergt, Helfferich und Westarp, um bei Hugenberg zu landen, den er arg zerzauste. Er schilderte seinen politischen Werdegang, seinen Einfluß in der Zeitungswelt und sein Vordrängen in der Deutschnationalen Partei, deren Zerstörer er sei.

Köstlich wußte Hörsing das Zusammengehen Hugenbergs mit Seldte, dem Stahlhelm und Hitler darzustellen. Hörsing äußerte sich dahin, man könne mit Hugenberg sich nicht anders beschäftigen, als daß man ihn politisch lächerlich zu machen versuche. Wenn er es so weiter treibe, sei seine Partei in fünf Jahren vollkommen erledigt.

Von den Nationalsozialisten behauptete er, von ihrem Programm hätten sie 25 Prozent den Sozialdemokraten gestohlen, 50 Prozent hätten sie den Kommunisten entwendet und im übrigen hätten sie eine Kiste Ludendorff mit Antisemitismus und Freimaurerei und eine andere Herrn von Gräfe-Goldebee genommen mit Material über das Thema: Wie seife ich die Bauern ein? (Stürmische Heiterkeit.) Diese Elemente, die die Frechheit hätten, sich Sozialisten zu nennen, seien der Auswurf des politischen Lebens.

Sehr bedenklich stimmte Hörsing der Waffendiebstahl bei der Reichswehr in Leipzig, noch bedenklicher die Verhaftung von Reichswehroffizieren wegen Landesverrates. Hier gelte es für das Reichsbanner, doppelt auf der Hut zu sein. So lange das Reichsbanner feststehe, sei auch die Republik geschützt. Zu diesem Zwecke sei es nötig, daß sich die Reihen des Reichsbanners immer dichter füllten und sich immer enger schlössen.

Der Beifall wollte kein Ende nehmen, als Hörsing geendet hatte.

*

Eine sonderbare Berichterstattung über den Verlauf der Tagung leistet sich Wolffs Telegraphen-Büro. Es stellte es so hin, als habe der Teil der Hörsing-Rede, der sich mit den Rechtsleuten befaßte, unter den Versammlungsteilnehmern Befremden ausgelöst. Dieses Befremden hat sich aber offenbar nur in dem deutschnationalen Herzen des WTB.-Berichterstatters bemerkbar gemacht. In Wirklichkeit war die Zustimmung zu Hörsings Ausführungen in der Versammlung eine überwältigende.

Gaukonferenz der Jungsozialisten vom Westlichen Westfalen.

Unsere diesjährige Gaukonferenz fand kürzlich in Dortmund in der Stadtbücherei statt. Der Gauleiter, Genosse Kowalewski, eröffnete um 10.30 Uhr die Versammlung. Die Tagesordnung sah einen Vortrag des Genossen Brandes, Stuttgart, über Zoll- und Handelsfragen, den Geschäftsbericht der Gauleitung und Wahlen vor.

Genosse Brandes führte aus:

In Genf tagt die Zollkonferenz. Ob sie was Gutes bringt, ist eine Frage. Wir müssen aber danach streben, zu einer Umstellung unseres Handels- und Zollsystems zu kommen. Heute wird der Zolltribut auf die breite Masse abgewälzt. Zölle sind indirekte, verschleierte Steuern. Zölle haben vor allen Dingen eine politische Wirkung. Gute Einnahmen verführen die Regierungen zu leichtfertigen Ausgaben. Die Korruption in Amerika und das Wettrüsten in Europa vor dem Kriege konnten erst durch die Zollpolitik möglich sein. Reine Finanzzölle sind die auf Kaffee, Tee, Petroleum usw. Die müssen wir bekämpfen. Mit treffenden Argumenten bewies Genosse Brandes, daß eine aktive Handelsbilanz nicht immer eine günstige wirtschaftliche Entwicklung bedeute. Deshalb sei es auch verkehrt, die Handelsbilanz durch Zölle aktiv zu gestalten. Ebenso könne eine passive Handelsbilanz eine gute wirtschaftliche Konjunktur haben. Das sei z. B. in den Jahren 1902 bis 1907 der Fall gewesen. Der Zoll zum Schutze der nationalen Arbeit könne auch nicht der sozialistischen Kritik standhalten. In geschichtlichen Ausführungen zeigte der Redner die Entwicklung der Zollpolitik in Europa seit den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Schutzzoll oder Freihandel sei keine prinzipielle Frage, sondern sei, wie die englische Arbeiterschaft erklärt habe, nur ein Familienstreit der herrschenden Klasse. Die Arbeiterschaft habe ihre Interessen zu wahren. Von diesem Stadtpunkte ausgehend, sei die deutsche Sozialdemokratie zu einer grundsätzlichen Aenderung der Zollpolitik gekommen. Sie vertrete heute die Auffassung, daß die Gegensätze der Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete durch Handelsverträge auszugleichen seien. In der Landwirtschaft habe man durch den Gleitzoll neue Wege beschritten. Wir müssen alles versuchen, einen kaufkräftigen Inlandsmarkt zu schaffen. Arbeitet die Sozialdemokratie in dem Sinne, so werde der Erfolg nicht ausbleiben. Gleichzeitig müssen wir unsere Kraft für eine europäische Zollunion einsetzen.

Die Aussprache gestaltete sich nicht besonders lebhaft. Zum Teil lag das wohl an der Materie. Es wurde betont, daß wir uns in unseren Gruppen mehr diesen Fragen zuzuwenden haben.

Genosse Kowalewski gab dann den Bericht von der Arbeit des vergangenen Jahres. Die Gruppen haben sich gefestigt. Von neun Gruppen haben 7 berichtet. Der Mitgliederbestand beträgt zirka 120 Genossen und Genossinnen. An Funktionen wurden ausgeübt:

In der Partei 33; Arbeiterjugend 38; Kinderfreunde 21; Gewerkschaft 20; Gewerkschaftsjugend 24; andere Organisationen 8.

Das trug zum Teil dazu bei, daß unsere Veranstaltungen im Bezirk nicht immer von allen Mitgliedern besucht werden konnten. Trotzdem muß unsere Losung sein: „Jeder Jungsozialist ein Funktionär der Bewegung!"

In der Aussprache konnte von der Gründung einer neuen Gruppe in Haßlinghausen berichtet werden. Im vergangenen Jahre fanden 1 Konferenz und zwei Kurse statt. Sie waren immer gut besucht. In diesem Jahre sollen wieder einige Wochenendkurse abgehalten werden. Einer ist im Unterbezirk Hagen in der Jugendherberge Glörtalsperre vorgesehen. Genossin Anna Siemsen wird dort über Kirche, Religion und Sozialismus sprechen. Die Arbeit mit der Partei gestaltete sich verhältnismäßig besser als in früheren Jahren. Die Ortsgruppe Schwelm konnte von einer sehr guten Zusammenarbeit berichten. Die Partei kauft dort 10 jungsozialistische Blätter. Von Schwelm wurde die Bitte vorgeschlagen, in einem Kursus die Frage der Jugendwerbung von einem Pädagogen behandeln zu lassen. Unsere Jugendorganisationen leben zum Teil neben dem Weltgetriebe. Wir müssen die Werbung anders gestalten. Politisierung der Jugend ist Vorbedingung.

Der Gauleitung wurde das Vertrauen ausgesprochen und neben einer kleinen Aenderung wurde sie wiedergewählt.

Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß wir unsere Tageszeitungen besser beachten sollen, ob sie auch die Nachrichten unserer Bewegung und die Hinweise auf die jungsozialistischen Blätter regelmäßig bringen.

Um 13 Uhr war die Konferenz beendet. W. N.

Handball.

Vereinsvertretersitzung am 15. März in Recklinghausen Süd.

Mit etwas Verspätung wurde die Sitzung von dem Genossen Saatkamp eröffnet. Von elf Vereinen waren sieben anwesend. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht von der Serie, 2. Ausscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft, 3. Verschiedenes. Es wurde zunächst lebhaft über den schlechten Besuch von seiten der einzelnen Vereinsvertreter geklagt. Ein Antrag: Jeder Verein, der nicht zu einer Vereinsvertretersitzung einen Vertreter entsendet, hat eine Strafe von 3 RM zu bezahlen, wurde einstimmig angenommen. Genosse Saatkamp gab den Bericht über die vergangene Serie. Die einzelnen Spiele wurden kurz gestreift und einer Kritik unterzogen. Es zeigte sich auch hier wieder, daß es in der Schiedsrichterbewegung noch hapert. Bottrop-Boy legte gegen folgende Vereine eine Beschwerde ein: Eickel, Wanne und Erkenschwick wegen Nichtantretens zu den Serienspielen. Bottrop verlangt von den einzelnen Vereinen die Auslagen ersetzt, die ihm durch das Nichtantreten der Vereine entstanden sind. Angenommen! Unter Punkt 2 wurde der Termin um die Bezirksmeisterschaft festgesetzt. Es spielen am 30. März: Bottrop-Boy gegen Freie Schwimmer, Recklinghausen. Ab 12 Uhr: Spielverbot für den ganzen Bezirk. Vorher spielt eine Turnerinnenmannschaft: Eickel gegen Erkenschwick. Unter Punkt „Verschiedenes" wurde die Frage des Hallen-Turn- und -Sportfestes in Gelsenkirchen angeschnitten. Auch hier gibt es nur eins: Ein tatkräftiges Mitarbeiten der Unterspart. Ebenso wurde dem 2. Westdeutschen die lebhafteste Unterstützung von seiten der anwesenden Vereinsvertreter zugesprochen. Genosse Saatkamp gab nun noch bekannt, daß zwei Vereine ihren Berichtsbogen noch nicht eingesandt hätten. Da sonst nichts weiter vorlag, wurde die Sitzung vom Genossen Saatkamp mit einem „Frei Heil" geschlossen. A. St.

Kartell für Arbeitersport und Körperpflege,

Regierungsbezirk Münster.

Sonntag, den 6. April, vormittags 10 Uhr, in Recklinghausen, im Volkshause, Herner Straße Nr. 39: Jahresversammlung. Alle Ortskartelle des Regierungsbezirks Münster müssen Delegierte entsenden.

Reichsbanner-Schutzsport

Schutzsport, Gelsenkirchen.

Mittwoch, den 19. dieses Monats, abends 8 Uhr, im Lokale Prellwitz (Witwe Wülbern), Ecke Vereins- und Kampfstraße: Konferenz der Jugendleiter des Kreises Gelsenkirchen. Die Jugendleiter werden gebeten, zu erscheinen.

Donnerstag, den 20. dieses Monats, abends 8 Uhr, im Lokale Weskamp, Rotthausen: Spielersitzung der Mannschaften.

Resultate vom Sonntag, dem 16. März 1930.

Die 1. Mannschaft führte ein Lehrspiel gegen die Mannschaft der 4. Kameradschaft. Da die Mannschaft der 4. Kameradschaft der 1. Mannschaft nicht gewachsen war, unterlag sie der 1. Mannschaft mit 5:1. Die 3. Mannschaft von Gelsenkirchen spielte gegen die 3. Mannschaft von Wanne-Eickel und endete mit einem Unentschieden (1:1).

Vorschau für Sonntag, den 23. März.

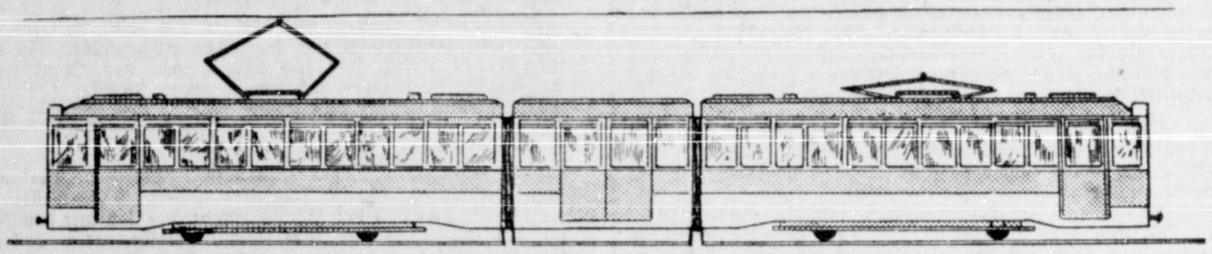
Die 1. Mannschaft spielt Sonntag gegen die bekannte 1. Mannschaft der Schutzpolizei, Buer, auf dem Platz an der Kurfürstenstraße. Anwurf: 10 Uhr vormittags. Die Gelsenkirchener Mannschaft wird Sonntag einen schweren Gegner vor sich haben, sie müssen sich anstrengen, wenn sie das Spiel nicht verlieren wollen. Treffpunkt der Handballer der 1. Mannschaft um 9.15 Uhr im Lokale Schmiedtmann, Fürstinnenstraße. Die Mannschaft der 4. Kameradschaft macht Sonntag ein Lehrspiel gegen die 3. Mannschaft von Gelsenkirchen auf dem Platz an der Kurfürstenstraße. Treffpunkt der Handballer um 9.15 Uhr auch bei Schmiedtmann, Fürstinnenstraße.

Aus dem Reich der Technik

Der Straßenbahn-„D-Zug"

Die Berliner Verkehrsgesellschaft hat in diesen Tagen einen neuen Straßenbahntyp, den sogenannten „Gelenkwagen", eine Art D-Zug, in Betrieb genommen.

Der D-Zug ist bei der Eisenbahn nichts Neues mehr. Durch harmonikaartige Verbindungen sind die Wagen so miteinander verbunden, daß man auch während der schnellsten Fahrt durch den ganzen Zug gehen kann. Bei der Straßenbahn ist der D-Zug etwas völlig Neues. Die Techniker sprechen allerdings nicht vom D-Zug, sondern vom Gelenkwagenzug, weil drei Wagenteile gelenkig so

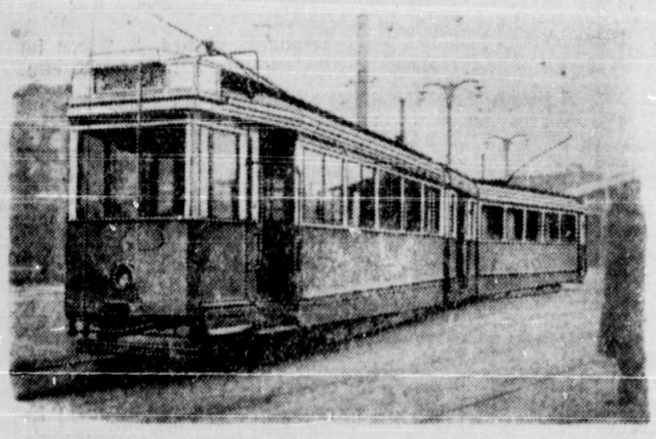


Straßenbahn-Gelenkwagen: Die beiden äußeren Wagenteile sind als Zweiachser konstruiert. Der Mittelteil ist zwischen ihnen eingehängt

miteinander verbunden sind, daß die vorhandenen Kurven bequem befahren werden können. Der Konstrukteur hatte die Absicht, durch die Verbindung dreier Wagenteile einen einzigen Großraumwagen zu schaffen, der in der Lage ist, im Spitzenverkehr eine möglichst hohe Zahl von Fahrgästen auf einmal zu befördern. Damit ist eigentlich schon der Verwendungszweck dieser Straßenbahntype gegeben. Ein normaler Straßenbahnzug besteht bekanntlich aus einem Triebwagen und einem oder mehreren stromlosen Anhängern. In der verkehrsschwachen Zeit werden die Anhänger nicht durch die Straßen mitgeschleppt, sondern einfach abgehängt. Kein Betriebsleiter könnte es verantworten, totes Gewicht unnötig durch die Straßen zu schleppen, denn das kostet Geld und macht den Betrieb unwirtschaftlich. Wollte eine Straßenbahnverwaltung ihren gesamten Wagenpark aus Großraumwagen bilden, so würde sie die Wagen nur während der Hauptverkehrszeit wirklich ausnützen können und müßte in der verkehrsarmen Zeit unwirtschaftlich arbeiten. Wenn ein Wagen, der mehr als 100 Menschen aufnehmen kann, in den meisten Stunden des Tages nur mit etwa 10 Personen besetzt ist, dann lohnt sich eben das Fahren nicht. Daraus ergibt sich, daß das Anwendungsgebiet des Gelenkwagens nur beschränkt sein kann.

Die erste Straßenbahnverwaltung, die in Deutschland Gelenkwagenzüge in ihren Dienst stellte, war die städtische Straßenbahnverwaltung in Dresden. Sie stellte vor etwa einem Jahre zwei neue Straßenbahnzüge in Betrieb, die als dreiteilige Durchgangszüge ausgebildet sind. Die Züge bestehen aus drei getrennten Wagenteilen, die gelenkig miteinander verbunden sind. Der mittlere Teil besitzt eine große doppeltürige Oeffnung, die beiden anderen Wagenteile sind mit Türen an der vorderen Plattform ausgestattet. Interessant ist die Tatsache, daß die beiden Züge verschiedenartig durchgebildet wurden. Bei dem einen Zug wurden die beiden äußeren Wagen als normale Zweiachser konstruiert, während der mittlere Wagenteil keine Räder besitzt. Bei dem anderen Zuge aber ist der mittlere Wagen als Zweiachser ausgebildet, während die beiden anderen je eine Achse besitzen und im übrigen sich auf den mittleren Wagen stützen. Die Züge, die eine Länge von 23,2 und 22,4 Meter haben, wiegen rund 29 000 Kilogramm und können 117 Personen befördern. Die Wagen haben vier Motoren von je 33 bzw. 38 Kilowatt, die einer Gesamtleistung von 180 bzw. 200 Kilowatt entsprechen. Bei den Versuchen stellte sich alsbald heraus, daß die Anfahrgeschwindigkeit wesentlich größer ist, als im Dresdener Straßenbahnverkehr benötigt wird. Die beiden Straßenbahnzüge besitzen drei voneinander unabhängige Bremsen, und zwar eine Handbremse, eine elektrische Kurzschlußbremse und eine elektromagnetische Schienenbremse. Die letztere drückt mit einem Gewicht von 20 000 Kilogramm auf die Schienen und bremst den Zug so unabhängig von den Rädern.

Die Berliner Straßenbahn hat nunmehr ebenfalls zwei Versuchszüge in den regelmäßigen Dienst eingestellt. Der eine dieser Züge läuft vom Zoologischen Garten nach Teltow, der andere von der Kniprodestraße im Norden Berlins nach Lichterfelde. Die Wagen fassen etwa 120 Personen. Sie wiegen [illegible] Tonnen besetzt 35 bis 37 Tonnen.



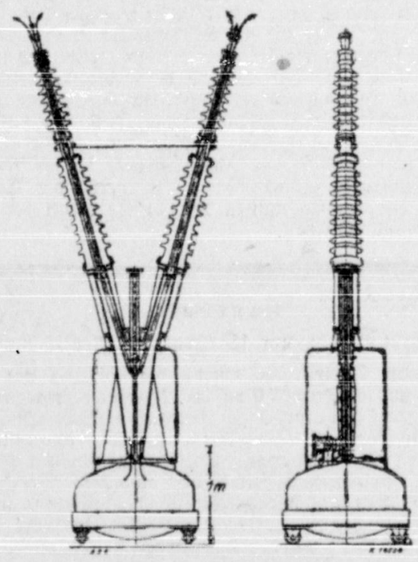
Bahn-Gelenkzug in der Kurve.

Die motorische Gesamtleistung wird 240 Kilowatt, also rund 325 Pferdestärken betragen. Die motorische Leistung, auf die Tonne Zuggewicht bezogen, wird 6,5 Kilowatt (rund 8½ PS) bzw. 6,9 Kilowatt (rund 9 PS) betragen. Die schweren massigen Wagen finden in den Straßen Berlins erhebliche Beachtung. Wie diese Type dort im Dauerbetrieb im Weltstadtverkehr sich bewähren wird, kann man heute noch nicht sagen.

Die Straßenbahn ist nunmehr fast 50 Jahre alt. Die erste Form, die ihr gegeben wurde, ist von der Pferdeeisenbahn seligen Angedenkens übernommen worden: Vorn eine Plattform, hinten eine Plattform und in der Mitte der Fahrgastraum. Der Kutscher bei der Pferdebahn mußte stehen, also mußte auch der Straßenbahnschaffner stehend seinen Dienst verrichten. Erst in neuerer Zeit hat man begonnen, auch die Straßenbahn umzugestalten, und einer dieser Versuche ist der Gelenkwagenzug. Leider hat man auch bei ihm nicht daran gedacht, für den Fahrer einen vernünftigen Sitzplatz zu schaffen. Daß dieses Problem zu lösen ist, zeigt der sogenannte Mailänder Wagen, der vor kurzem in Frankfurt am Main ausprobiert wurde und eine geradezu ideale Lösung des Fahrersitzes aufweist. Die Schaltelemente zum Bedienen des Wagens sind rechts und links vom Fahrer angebracht, der bequem sitzen und wie beim Auto die Beine nach vorn strecken kann. Die organisierten Straßenbahner sollten energisch fordern, daß die bei ihren Gesellschaften neu zur Einstellung kommenden Wagen nach diesen Grundsätzen konstruiert werden. Bei den alten Typen ist ein vernünftiges Sitzen des Fahrers unmöglich, da der Fahrer die Beine nicht nach vorn ausstrecken kann. Gerade die Beanspruchung im Großstadtverkehr erfordert es, daß auf das Verkehrspersonal die größtmöglichste Rücksicht genommen wird.

Druckgasschalter für 110000 Volt

Wohl jeder kennt den kleinen Schalter an der Wand, mit dessen Hilfe er elektrische Lampen aufleuchten oder verlöschen läßt. Hier handelt es sich um das Abschalten oder Einschalten verhältnismäßig schwacher Ströme. Trotzdem ein solch kleiner Schalter eine kleine technische Meisterleistung für sich darstellt, ist er doch sehr einfach



110000-Volt-Druckgasschalter

gestaltet gegenüber den Schaltern, die dazu dienen, hochgespannte Ströme in unseren modernen Kraftwerken abzuschalten. Beim Unterbrechen einer Hochspannungsleitung entstehen erhebliche Wärmespannungen durch die dabei auftretenden Funken. Man baute daher solche Hochspannungsschalter in Oel ein, man schuf sogenannte Oelschalter. Dieses Oel hat die Eigenschaft, die Hochspannung gut zu isolieren, die Wärme zu verteilen und so die Gefährlichkeit des Schaltvorganges zu vermindern. Trotz aller dieser Maßnahmen konnte man Oelschalterbrände niemals ganz unmöglich machen; so ist man in der Hochspannungselektrotechnik seit langem daran gearbeitet, einen Hochspannungsschalter zu konstruieren, dem diese Nachteile fremd sind.

Vor kurzem wurde in Berlin in der Transformatorenfabrik der AEG der erste Druckgasschalter für 110 000 Volt vorgeführt. Bei diesen Schaltern, die von Professor Ruppel in Frankfurt am Main und Dr.-Ing. h. c. Biermanns durchkonstruiert wurden, wird der beim Abschalten entstehende Funke durch Druckluft oder Kohlensäure gelöscht. Der Druckgasschalter hat eine Höhe von etwa 5½ Metern und ähnelt in seiner äußeren Form etwa dem Geweih eines Gemsbockes. Er besteht im wesentlichen aus einem Kompressor für die Druckluft, der auch durch eine Kohlensäureflasche ersetzt werden kann, und den dazu gehörigen Steuerventilen, die in dem auf der Abbildung erkennbaren unteren Gehäuse untergebracht sind. Die Druckluft oder die Kohlensäure wird in die hörnerartigen Isolatoren geleitet, in denen auch die Kontakte eingeführt sind. Sie löschen hier den Schaltlichtbogen aus. Die Kontakte sind düsenförmig gestaltet. Beim Abschalten einer Leistung von 1,35 Millionen Kilovoltampère macht sich nur ein Zischen bemerkbar, das als unerheblich bezeichnet werden muß.

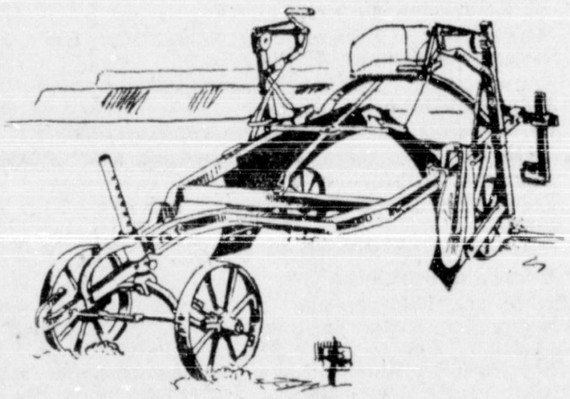
Diese neuen Schalter brauchen für ihren Einbau in das Leistungsnetz der Elektrizitätswerke keine besonderen Schalthäuser. Es ist sogar geplant, sie in den Kellerräumen von Schulen und anderen Gebäuden zu montieren. Bei der Größe moderner Stromversorgungsanlagen ist der Wegfall besonderer Häuser zur Unterbringung der Schaltanlagen sehr wichtig. Die dadurch ersparten Kosten kommen bei öffentlichen Werken der Allgemeinheit zugute. Außerdem aber ist der Druckluftschalter wesentlich billiger als der Oelschalter.

Die Vorführungen in der Transformatorenfabrik der AEG. zeigten das absolut sichere Funktionieren des neuen Schalters. Natürlich muß man erst die Bewährung nach längerem Dauerbetrieb in der Praxis abwarten. Dazu wird um so mehr Gelegenheit geboten sein, als eine Reihe von Großkraftwerken, wie das Werk Ryburg-Schwoerstadt am Oberrhein, das Großkraftwerk Stettin, das Umspannwerk Norden der Stadt Frankfurt am Main und andere, mit diesen neuen Schaltern ausgerüstet werden. Wir wollen hoffen, daß sich die auf den neuen Schalter gesetzten Erwartungen erfüllen, so daß in Zukunft Verluste an Menschenleben und Material, wie sie bei den Oelschaltern zuweilen leider zu verzeichnen waren, in der Zukunft vermieden werden. Erst dann wird sich im Schalterbau eine wirkliche segensreiche Revolution vollzogen haben.

Willy Möbus.

Verbesserte Häufelgeräte für den Spargelbau

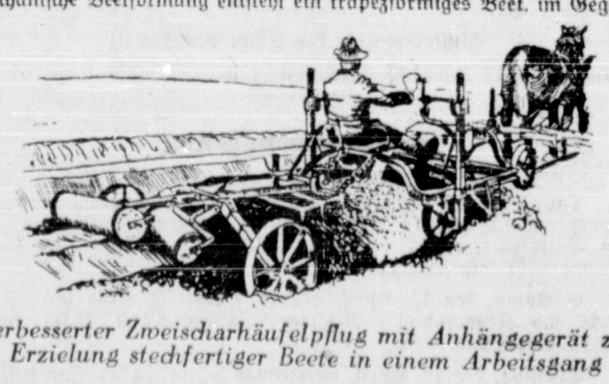
Die im Jahre 1928 beendete Prüfung der Spargelhäufelgeräte, die der Reichsverband des deutschen Gartenbaus mit Hilfe des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft durchführen konnte, hat sich insofern günstig ausgewirkt, als sich die Praktiker ihre Geräte mit anderen Augen angesehen haben und nun verschiedene aus der Praxis hervorgegangene Neuerungen ausprobieren, die bei der nächsten Prüfung die Fortschritte in den Spargelhäufelgeräten darstellen werden. Besonders gute Fortschritte hat die Entwicklung des Zweischarhäufelpfluges für Großbetriebe gemacht, der wenn er hinter den Traktor gespannt wird, mit zwei Mann Bedienung in der Lage ist, stechfertige Beete ohne Vorarbeiten in einem Arbeitsgang herzustellen. Gegenüber dem bei der Prüfung vorhandenen Zweischarpflug sind inzwischen folgende Verbesserungen durchgeführt worden:



Verbesserter Zweischarhäufelpflug

Der zweiteilige Pflugrahmen ist in der Mitte geteilt hergestellt, so daß er durch entsprechende Beilagen auf verschiedene Beetbreiten (1,50 Meter und 1,60 Meter) eingestellt werden kann. Die Pflugkörper weisen neuerdings an der Unterseite der Streichbretter verstellbare Streicheisen auf, die den Pflugkörper für die Herstellung verschiedener Beethöhen geeignet machen. Ebenso ist die Pflugsohle in der Höhenlage verstellbar. Neu sind ferner die Vorstreichschare zum Anhäufeln an losem Boden über der Pflanzreihe. Man kann diese Vorstreichschare auch zum Abhügeln nach der Ernte benutzen. Der Pflug ist außerdem mit einem Kutschersitz versehen worden, von dem aus die Tiefenverstellung bzw. das Ausheben des Gerätes vor sich geht. Zu diesem Zweck sitzen die Hinterräder je an einer Zahnstange, die durch eine Handkurbel über ein Zahnradvorgelege gehoben bzw. gesenkt wird. Die Feststellung der Kurbelwelle wird durch ein Sperrad mit Klinke ermöglicht. Die Auslösung der Klinke geschieht durch einen zweiarmigen Fußhebel, dessen freies Ende mit dem freien Ende der Sperrklinke durch eine Rundeisenstange gelenkig verbunden ist. Die Bedienung des Fußhebels geschieht vom Kutschersitz aus.

Der so verbesserte Pflug kann entweder von sechs kräftigen Pferden gezogen werden oder aber von einem Schlepper. Bei verhältnismäßig feuchtem Boden wird man die Spargelbeete erst mit dem beschriebenen Pflug aufhäufeln und beim zweiten Arbeitsgang mit der bekannten Spargelegge und Walze glätten, während man bei genügend trockenem oder abgetrocknetem Boden auch Spargelegge und Walze hinter den Pflugkörper hängen kann, so daß das Beet in einem Arbeitsgang fertiggestellt werden kann. Durch diese rein mechanische Beetformung entsteht ein trapezförmiges Beet, im Gegensatz zu den bisher in Klein- und Mittelbetrieben üblichen rechteckigen oder halbrunden, wellenförmigen Spargelbeeten.



Verbesserter Zweischarhäufelpflug mit Anhängegerät zur Erzielung stechfertiger Beete in einem Arbeitsgang

Ausführliche Auskunft über die bekannten Anbauformen im Spargelbau ist aus der Sonderschrift des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaus: „Wie haben sich die einzelnen Spargelhäufelgeräte in der Praxis bewährt?" zu entnehmen.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Fast 24 Milliarden Mark Aktienkapital in Deutschland

Die deutschen Aktiengesellschaften am 31. Dezember 1929

Am 31. Dezember 1929 bestanden nach den Aufzeichnungen des Statistischen Reichsamtes im Deutschen Reich 11 344 Aktiengesellschaften mit einem auf RM. lautenden Kapital von insgesamt 23 728 Mill. RM. Daneben wurden in den Registern noch 31 Aktiengesellschaften geführt, die ihr Kapital noch nicht umgestellt hatten, die aber wohl fast alle bereits in stiller Liquidation sind. Außerdem bestanden im Saargebiet 170 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 342 Mill. Frank. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Gesellschaften mit Reichsmarkkapital um 346 zurückgegangen, das Nominalkapital um 843 Mill. RM. gestiegen. Neugegründet wurden 321 Gesellschaften, von Mk. auf RM. umgestellt oder nach Liquidation usw. fortgesetzt 27 Gesellschaften. Aufgelöst wurden 694 Gesellschaften, darunter 116 durch Konkurs. Der Zugang an Nominalkapital (einschließlich der Kapitalerhöhungen) beträgt 1669 Mill. RM., der Abgang an Nominalkapital (einschließlich der Kapitalherabsetzungen) 826,1 Mill. RM.

1930 - ein schwarzes Jahr für die Ruhrbergarbeiterschaft

Abbau von 50-60 000 Bergarbeitern — Neue Betriebsstillegungen und Massenkündigungen — Bereits im März auf 8 Schachtanlagen über 4500 Arbeiter entlassen - Das Oberbergamt Dortmund als stellvertretende Demobilmachungsbehörde

Das offizielle Organ des Bergbauindustriearbeiterverbandes (Deutscher Bergarbeiterverband), die Bergbauindustrie, veröffentlicht folgende aufsehenerregende Ausführungen über neue Betriebsstillegungen und Massenentlassungen im Ruhrbergbau. Es heißt hier:

Um über 17 000 Arbeitnehmer wurde im vergangenen Jahre die Belegschaft auf den Ruhrzechen vermehrt. Die Kohlenförderung stieg zeitweise bis auf über 440 000 Tonnen täglich. Dies allein ist schon ein Beweis dafür, daß das Grubenunternehmertum im vergangenen Jahre sehr gut verdient hat. Die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau war im verflossenen Jahr auf ein verschwindend geringes Maß gesunken. Im Oktober 1929 fehlte dann auch allmählich im Bergbau die Krise ein. Es wurden Feierschichten eingelegt und auch vereinzelt Arbeiter entlassen. Der Kohlenabsatzmangel infolge nicht genügender Aufträge, hervorgerufen durch den milden Winter — wie die Unternehmer annehmen —, hatte zur Folge, daß seit Januar Feierschichten und Betriebseinschränkungen in größerem Umfange erfolgten. Allein im Monat Februar, der nur 24 Arbeitstage hatte, sind auf einer Anzahl Zechen bis 7 Feierschichten eingelegt worden.

Daß der Lohn für die verfahrenen 17 Schichten, nach Abzug der üblichen Abgaben, nicht ausreichend ist für die in Frage kommenden Arbeiter und ihre Familien, braucht erst nicht gesagt zu werden. Hinzu kommt, daß trotz der vielen Feierschichten jetzt die Unternehmer — wie sie behaupten — gezwungen sind, Betriebseinschränkungen und Stillegungen in größerem Umfange vorzunehmen.

Die Zeche Friedrich der Große hat in diesem Jahre mit der Massenentlassung, verbunden mit Betriebsstillegungen, den Anfang gemacht. Am 15. Februar wurde von ihr der Antrag beim Demobilmachungskommissar auf Entlassung von 500 Arbeitern gestellt. Es folgte bald die Zeche Germania (Vereinigte Stahlwerke) mit 700, die Gutehoffnungshütte auf vier Schachtanlagen mit 2000, Zeche Westfalen mit 345 und Neumühl mit 400 Arbeitern. Die Zechen Friedrich der Große und Neumühl haben bereits neue Stillegungen mit zusammen 500 Mann Entlassungen angemeldet, so daß bis Ende März auf den acht genannten Zechen rund 4500 Arbeitnehmer zur Entlassung gelangen.

Soweit wir bis jetzt unterrichtet sind, haben weitere Stillegungen, verbunden mit Arbeiterentlassungen, angemeldet: die Zechen Zollern I und Kaiserstuhl II. **Wenn es wahr ist, was uns der Wind zugetragen hat, dann sollen in diesem Jahre 50 000 bis 60 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet abgebaut werden. Das Jahr 1930 scheint also für die Bergarbeiter ein schwarzes Jahr zu werden.**

Bei den Stillegungsverhandlungen, von denen sich mancher so viel verspricht, begründen die Vertreter der Zechen gewöhnlich ihre Maßnahmen mit der schlechten Wirtschaftslage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau.

Die Stillegungen können von den Unternehmern nur nach den Bestimmungen der Verordnung über Betriebsstillegungen und Arbeitsstreckung vom 15. Oktober 1923 vorgenommen werden. Im Auftrage der Demobilmachungsbehörde werden die Betriebsstillegungsverhandlungen für den Ruhrbergbau vom Oberbergamt Dortmund geführt. Bis Ende 1929 war als Stellvertreter Oberbergamtsdirektor Dr. Weise tätig. Unter seiner Regie wurden im Laufe der letzten Jahre auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über 100 Zechen stillgelegt. Trotzdem wir in vielen Fragen mit Dr. Weise nicht einig gehen konnten, hat sich Dr. Weise bemüht, daß die Verhandlungen unter seiner Leitung streng sachlich und unparteiisch geführt wurden. Meistens fanden die Stillegungsverhandlungen im großen Konferenzsaal des Oberbergamts in Dortmund statt, was natürlich im Interesse aller Beteiligten lag, ausgenommen höchstens die Vertreter der in Frage kommenden Zechen. Wenn die Stillegungen nicht zu verhindern waren, hat Dr. Weise sich mit allem Nachdruck dafür eingesetzt, daß bei den Entlassungen nach Möglichkeit soziale Härten vermieden wurden. Selbst Fragen arbeitsrechtlicher Natur, soweit sie erörtert wurden, trotzdem sie eigentlich nicht seine Tätigkeit als Stillegungskommissar berührten, hat er unter Hinzuziehung seiner juristischen Berater zu klären gesucht.

Das ist unter seinem Nachfolger alles ganz anders. Zunächst finden die Verhandlungen nicht mehr im geräumigen Konferenzsaal des Oberbergamts in Dortmund, sondern in den engen Räumen der manchmal sehr abgelegenen Zechen statt. Daß es unter diesen Umständen dem Verhandlungsleiter sehr oft nicht möglich ist, Fragen zu klären, weil er keine juristische Berater zur Hand hat, ist verständlich.

Wir fragen das Oberbergamt: Warum hat man es bei der früher geübten Methode nicht belassen? Nimmt man nur allein Rücksicht auf die Wünsche der Unternehmer und läßt die aller übrigen in Frage kommenden außer acht? Ist dem so, dann ist das unseres Erachtens nicht unparteiisch gehandelt, wie man es in solchem Falle vom Oberbergamt verlangen muß.

Bei den Verhandlungen versuchen die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen, soweit als möglich die Massenentlassungen zu verhindern. So wurde darauf hingewiesen, während der zur Zeit scharfen Kohlenabsatzkrise, die doch nur eine vorübergehende ist, die Urlaubserteilung sofort in größerem Umfange vorzunehmen, um Massenentlassungen zu verhindern. Immer und immer wieder wird den Unternehmern ins Gewissen geredet, daß die Arbeiter nicht allein die Lasten und Entbehrungen der Wirtschaftskrise tragen können, sondern auch die Unternehmer verpflichtet sind, Opfer zu bringen und sich schicksalsverbunden mit der Arbeiterschaft zu fühlen.

Seitens der Betriebsvertretungen wird gewöhnlich darüber geklagt, daß die Zechenverwaltungen sich nicht früh genug über die getroffenen Maßnahmen mit der Betriebsvertretung gemäß § 74 BRG. ins Benehmen setzen. Weiter wurde von ihnen der Wunsch der Belegschaft zum Ausdruck gebracht, noch weitere Feierschichten auf sich zu nehmen, um zu verhindern, daß große Teile der Arbeiterschaft der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. Trotz dieser Opfer, die die Arbeiterschaft bereit ist, zu tragen, bringen Vertreter des Zechenverbandes es fertig, wie wir in den letzten Tagen erfahren haben, zu behaupten, „die Bergarbeiter wollen lieber der Erwerbslosenfürsorge überwiesen werden, als zu arbeiten." Diese Behauptung ist eine Verleumdung der Bergarbeiterschaft und sie verdient, niedriger gehängt zu werden.

Gewöhnlich sind es auch die Vertreter des Zechenverbandes, die bei den Verhandlungen die Zechenverwaltungen auffordern, über den Tarifvertrag hinaus keine weiteren Zugeständnisse zu machen.

Wie rücksichtslos das Grubenunternehmertum mitunter gegen die Arbeiter handelt, konnte man so recht bei der Stillegungsverhandlung auf Germania (Vereinigte Stahlwerke) sehen. Hier sollen 700 Mann entlassen werden. Der Wunsch der Arbeitnehmer, diese 700 auf die 40 Zechen der Vereinigten Stahlwerke zu verteilen, damit nach Möglichkeit Härten vermieden würden, wurde glatt abgelehnt. Die Direktion dieser Zeche hatte aber noch ein weiteres getan, womit sie ihre „Arbeiterfreundlichkeit" bewies. Sie hatte beantragt, die Sperrfrist um fünf Tage zu verkürzen, damit noch zum 15. März die Entlassungen erfolgen konnten. Der Vertreter der Regierung erklärte aber, daß die Genehmigung hierzu nicht erteilt würde. Darauf sagte erregt der Rechtsbeistand der Direktion, daß die Entlassungen nun ohne Rücksicht auf die Kündigungsvorschrift nach Beendigung der Sperrfrist am 20. März erfolgen würden. Sofern die Verwaltung ihr Vorhaben ausführt, raten wir unseren Mitgliedern, soweit sie bei der Entlassung mit betroffen werden, beim Arbeitsgericht Klage auf Ausstellung der Entlassungpapiere zu dem in der Arbeitsordnung vorgesehenen Entlassungstermin und auf weitere Lohnzahlung bis zu diesem Termin einzureichen.

Wie die Bergarbeiterschaft seitens der Unternehmer für ihre aufopfernde Tätigkeit bei Krankheit behandelt wird, hat die Zeche Friedrich der Große bei der am 12. März stattgefundenen zweiten Stillegungsverhandlung bewiesen. Angezeigt waren von ihr 300 Mann, die noch zur Entlassung kommen mußten. Es stellte sich bei der Verhandlung aber heraus, daß die Zeche außerdem noch 96 krankfeiernde Arbeiter „vorsorglich", wie sie es nannte, gekündigt habe. Die Arbeitnehmervertreter haben bestritten, daß die Zeche innerhalb der vierwöchigen Sperrfrist über die gemeldete Zahl von 300 noch weitere Arbeiter entlassen dürfe. In dem Verhalten der Zechenbesitzer erkennen die Bergarbeiter den Dank, der ihnen gezollt wird, wenn sie infolge ihrer Arbeit für den Unternehmer krank und gebrechlich geworden sind.

Deutscher Außenhandel aktiv

Die Wareneinfuhr wird für den Monat Februar mit 981,6 Millionen Mark angegeben und die Warenausfuhr mit 1026,3 Millionen Mark. Das ergibt einen Ueberschuß von 44,7 Mill. Mark. Nach Auffassung des Statistischen Reichsamtes dürfte der wirkliche Ueberschuß allerdings 100 Millionen Mark betragen haben, da in der Wareneinfuhr für Februar noch Zollabrechnungen aus dem Jahre 1929 stecken. In der Ausfuhr sind Reparationslieferungen in Höhe von 64,5 Millionen (Januar = 58,8 Millionen Mark) enthalten.

Vom Bergbau

Aus dem französischen Kohlenbergbau.

Die Mines des Lens haben jetzt ihre sämtlichen Schachte endgültig ausgerüstet; die zunehmende Förderung stellt sich augenblicklich auf 375 000 Tonnen monatlich, was einer Jahresförderung von 4,5 Mill. Tonnen entspricht. — Die Mines d' Aniche vergrößern zur Zeit ihre Zentrale Dechy.

Die Roddergrube,

die den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk[illegible] gehört, verteilt für das verflossene Geschäftsjahr eine Dividende von 30 Prozent. Die Dividende errechnet sich nach einem Vertrag mit den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken, wonach die Roddergrube immer die dreifache Dividende des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks zu zahlen hat. Im vorigen Jahr betrug die Dividende der Roddergrube 27 Prozent.

Verhandlungen über die Arbeitsordnung im Ruhrbergbau

Essen, 17. März. Am Montag haben zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden Verhandlungen über die von Seiten der Verbände gekündigte Arbeitsordnung' stattgefunden. Die beiderseitig vorgelegten Abänderungsvorschläge wurden eingehend besprochen, ohne daß, abgesehen von einigen wenigen bedeutungsvollen Fragen, eine Einigung hätte erzielt werden können. Die Verhandlungen werden demnächst vor dem Schlichter fortgesetzt.

Springfield gegen Indianapolis

In der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gärt es. Der Vorstoß der Fortschrittler in der Negerfrage ist ein Zeichen dafür. Die große Organisationskampagne in Süden ist ein weiteres Symptom: denn sie zeigt, daß in der amerikanischen Arbeiterbewegung immer stärker das Bedürfnis nach Aktivität sich geltend macht. Der seit langem unterirdisch schwelende Konflikt innerhalb des amerikanischen Grubenarbeiterverbandes ist nunmehr zu einer offenen Revolte gegen unmögliche Führer geworden. Der Organisationskonflikt der Bergleute rührt an die Grundfesten und von seinem Ausgang wird es abhängen, ob die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ein neues Gesicht erhält, ob die vorwärts drängenden Elemente sich durchsetzen und der Bewegung neuen Elan und Erfolg bringen.

Im Konflikt des Grubenarbeiterverbandes stehen auf der einen Seite die Kohlenarbeitergewerkschaften des Staates Illinois, auf der anderen Seite steht der Verbandspräsident John L. Lewis. Die Exekutive der Bergleute des Staates Illinois hat sich mit einem Aufruf an die gesamte Grubenarbeiterschaft der Vereinigten Staaten und Kanadas gewandt, worin eine grundstürzende Reorganisation des Verbandes verlangt wird. Gleichzeitig wurden alle Ortsgruppen aufgefordert, Delegierte zu dem von den Illinoiser Reformern einberufenen nationalen Bergarbeiterkongreß in Springfield zu entsenden. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Green hat die Einladung zur Tagung in Springfield abgelehnt, dagegen eine für Indianapolis, wo die reguläre Zusammenkunft unter Lewis stattfindet, angenommen.

Bei dem Konflikt handelt es sich nicht um eine Kraftprobe zwischen radikalen Draufgängern und Gemäßigten. Die Führer der Grubenarbeiter von Illinois sind keine radikalen Heißsporne; sie bekleiden in der American Föderation of Labor angesehene Stellungen. Sie betrachten die sozialen und gewerkschaftlichen Fragen mit kühlem Blick, aber eben deswegen sind sie für eine Kursänderung im Grubenarbeiterverband, der in den letzten Jahren anscheinend zu einem Spielball selbstherrlicher Elemente geworden ist. Die Geschichte des Konflikts ist die Geschichte des Verfalls des Verbandes, an dessen Spitze seit 1919 John L. Lewis steht. Als er die Präsidentschaft antrat, verfügte der Verband über mehr als 500 000 Mitglieder. Alle wichtigen amerikanischen und kanadischen Kohlendistrikte standen unter Verbandskontrolle. Die Finanzlage des Verbandes war glänzend — kurz, der Grubenarbeiterverband war der Stolz der Arbeiterbewegung in U. S. A. Und heute? Von den 170 000 Weichkohlenarbeitern des Beckens Pennsylvania sollen nur noch 1300 dem Verband angehören. In Ohio ist die Zahl der Mitglieder von 40 000 auf knapp 1000 heruntergegangen. Die Weichkohlendistrikte von Arkansas, Oklahoma und Texas sind völlig verloren gegangen; Iowa, Kansas, Colorado und die Distrikte im fernen Westen sind organisatorisch bis auf den Grund erschüttert. Die Grubenarbeiterorganisationen in Kentucky, West-Virginia, Alabama und Tennessee sind tot; ihre Arbeiterschaft ist dem Diktat der Kohlenbarone unterworfen. Nur die Organisationen von Indiana und Illinois haben sich behauptet; mit ihren 64 000 Mitgliedern umfassen sie heute etwa zwei Drittel der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes in USA und Kanada.

Woher diese fürchterliche Wandlung? Zweifellos haben hier nicht nur persönliche Fehler, sondern auch starke wirtschaftliche Momente mitgespielt. Der amerikanische Weichkohlenbergbau macht seit dem Jahre 1922 eine Krise nach der anderen durch. Die amerikanische Bergbaukrise gibt an Intensität der englischen nicht viel nach. Das alles schafft aber doch nicht die Tatsache aus der Welt, daß eine starke und selbstbewußte Gewerkschaftsbewegung zu Grunde gerichtet worden ist, die lange Zeit für die amerikanische Arbeiterschaft ein Vorbild war.

Wie die Kraftprobe ausgehen wird, ist im Augenblick trotz der Absage Green an Springfield noch ungewiß. Jedenfalls geht es um Leben und Tod des Verbandes. Schon liegen die Unternehmer auf der Lauer, um eventuell dem sterbenden Löwen einen Fußtritt zu geben. Daß die Kommunisten sich in den Kampf einzumischen versuchen, versteht sich von selbst. Bezeichnenderweise stehen sie auf der Seite der Lewis-Autokratie und gegen die Fortschrittler, weil sie keine Gesundung wollen.

Unterhaltung und Wissen

Die Ratten

Nur der Strich ihres grauen Rückens und die kleine glänzende Nase sehen aus dem Wasser, wenn die alte Ratte durch den Fluß schwamm nach Adamowitschs Garten. Hier huschte sie unter die Veranda des Hauses und verschwand in einem Loch in der Mauer.

Die Not kennt keine Tischgenossen, dachte die Ratte, obwohl sie selbst daheim in ihrem Wurzelneste sieben nimmersatte, hungrige Rattenmünder ernähren mußte. Und dann war es auch gut in dem Hause des alten Wucherers, der aus Geiz keinen Hund und keine Katze hielt. Auf dem Wege aber nahm sie jeden Maulwurf und jeden toten Vogel mit, der aus dem Neste gefallen war. Es fielen viele tote Vögel aus den Nestern in Adamowitschs Garten.

Im Hause kannte sie schon jeden Winkel, jedes Versteck. Sie knabberte von den Brotstücken, die der Alte sich in der Stadt erbettelte, von den Resten seines kärglichen Mahls, das er sich selbst zubereitete. Sie schrotete die Erbsen und nagte zur Not auch an zerrissenen Stiefeln, die in irgendeiner Ecke moderten.

Eines Tages, als die Jungen groß und kräftig genug waren, schwamm die Alte mit ihnen durch den Fluß. Es war eine einzige Linie, acht kleine graue Striche im Wasser und acht glänzende Näschen, die herausragten. Die große Ratte zeigte den Jungen den Weg nach Adamowitschs Behausung. Die Jungen folgten hungrig, unternehmend, wie kleine graue Blitze.

Sie fanden den Greis vor der aufgerissenen Diele hingeschlagen. Seine gekrampften Hände hielten noch die geränderten Fetzen und ballten das kleingemahlene Papier der schönen bunten Scheine. Es war sein nach Tausenden zählendes, nun von den Ratten zerfressenes Vermögen.

Weil sie der Hunger plagte und sie allmählich die Scheu vor dem reglosen, toten, alten Manne überwunden hatten, setzten sich die Sieben und die alte Rattenmutter an seine Augen, die Schreck und Wut über den Verlust im Tode noch offen hielten, die kein Mitleid mit den Menschen gekannt hatten, wenn sie in des Wucherers Hände gefallen waren. Sie fraßen auch an seinen Ohren, die sich vor jedermanns Bitten verschlossen gehalten hatten. Sie zehrten an seinen Fingern, die nur, von Habgier und Geiz getrieben, Gold und Schätze zusammengerafft, die nie streichelnd eines armen Kindes Scheitel berührt hatten.

So fanden nach langer Zeit Nachbarn den Geizhals Adamowitsch, in Geld erstickt und von den Ratten halb aufgefressen.

Friedrich Natteroth.

Mathematisches Kuriosum

Vor vielen Jahren hat der Mathematiker A. Hall eine Rechnung entdeckt, die in ihrer Art sehr merkwürdig ist. Sie sieht so aus:

1	mal	9	plus	2	gleich	11
12	„	9	„	3	„	111
123	„	9	„	4	„	1111
1234	„	9	„	5	„	11111
12345	„	9	„	6	„	111111
123456	„	9	„	7	„	1111111
1234567	„	9	„	8	„	11111111
12345678	„	9	„	9	„	111111111
123456789	„	9	„	10	„	1111111111

1	mal	8	plus	1	gleich	9
12	„	8	„	2	„	98
123	„	8	„	3	„	987
1234	„	8	„	4	„	9876
12345	„	8	„	5	„	98765
123456	„	8	„	6	„	987654
1234567	„	8	„	7	„	9876543
12345678	„	8	„	8	„	98765432
123456789	„	8	„	9	„	987654321

Wem es Spaß macht, der versuche, mittels der Zahlentheorie hinter diese Gesetzmäßigkeit zu kommen. Kurios ist diese Rechnung sicherlich, so daß sie auch dem Spaß machen wird, der von Rechnerei nicht viel versteht.

g. s.

Geheimnisvolle Krankheit

Das Kropfrätsel

Der Kropf ist ein uraltes Uebel der Menschheit. Schon aus dem 2. Jahrtausend v. Chr. ist uns ein indischer Zauberspruch gegen den Kropf überliefert, und auch der griechische Arzt Hippokrates scheint dieses Leiden gut gekannt zu haben. Immer wieder fiel es auf, daß gewisse Gegenden, in erster Linie das Gebirge mit Vorliebe vom Kropf heimgesucht werden. Die Latiner Berge z. B., vom römischen Dichter als das Land der Weine und Feigen besungen, nannte der nüchterne Architekt Vitruvius ganz prosaisch das „Land der Kröpfe". Schon damals beschuldigte man das Trinkwasser, die Ursache des Kropfes zu sein, sprach von „Kropfbrunnen" und empfahl den Gebrauch abgekochten Wassers.

Eine erfolgreiche Behandlung des Kropfes war indes erst der Neuzeit vorbehalten.

Im Anfang des 17. Jahrhunderts erkannte man den Kropf als eine Erkrankung der Schilddrüse. Welche Bedeutung dieser winzigen Drüse zukam, ahnte allerdings damals niemand. Das erkannte man erst am Ende des 19. Jahrhunderts, als die große Zeit der Chirurgie angebrochen war und man mit dem Messer die Welt von allen Leiden und damit auch vom Kropf zu heilen hoffte. Wider alles Erwarten beobachtete man damals, wie den gelungenen Operationen rascher körperlicher und geistiger Verfall folgte. Da wurde man aufmerksam, widmete dem Studium der Schilddrüse ein Spezialstudium und erkannte, daß diese kein rudimentäres Organ, sondern ein Organ von höchst lebenswichtiger Funktion ist. Das ganze Kropfproblem rückte damals in ein anderes Licht. Bedeutsam wurde vor allem die Auffindung des Jod als normalen Bestandteils der Drüse, dessen hochbedeutsame Rolle im ganzen Säftehaushalt des Menschen man dann ebenfalls bald erkannte.

Mit all diesen Einsichten kamen wir zwar einen bedeutsamen Schritt vorwärts in der Behandlung der Schilddrüsenerkrankungen; das Kropfrätsel selbst war damit aber noch lange nicht gelöst.

Zunächst galt es, die verschiedenen Arten der Kröpfe festzustellen, von denen man gewöhnlichen Kropf, Basedow-Kropf und bösartigen Kropf (Schilddrüsenkrebs) unterscheidet. Das sogenannte Myxödem ist eine mit schweren körperlichen Deformationen und mit vollständiger Verblödung endende Erkrankung, die auf dem völligen Fehlen der Schilddrüse beruht. Aber auch schon der gewöhnliche Kropf ist, abgesehen von seiner entstellenden Wirkung, nicht ungefährlich. Durch den Druck, den er auf die Luftröhre ausübt, kann es in schweren Fällen zum Erstickungstod kommen, und auch das Herz des Kropfkranken wird häufig in Mitleidenschaft gezogen.

Weshalb der Kropf in manchen Gegenden, z. B. in gewissen Gebirgstälern Schlesiens und in der Schweiz, bei 80 bis 90 Proz. der Bevölkerung vorkommt, weshalb es in Tirol ganze Gebirgsdörfer voll kropfkranker Kretins gibt, weshalb zur Zeit in Ost- und Westpreußen geradezu eine Kropfepidemie herrscht, das sind bisher ungelöste Probleme. Jedenfalls führte das reiche Material, das im Freistaat Danzig in dieser Beziehung vorhanden ist, den dort ansässigen bekannten Arzt Dr. Erwin Liek dazu, das „Kropfrätsel" in einem kürzlich im Verlag der „Aerztlichen Rundschau" erschienenen sehr interessanten Buche aufzurollen, dem wir in unseren Ausführungen gefolgt sind.

Der Reihe nach hat man das Trinkwasser oder die Bodenbeschaffenheit in einer Kropfgegend für das Auftreten der Epidemie verantwortlich gemacht.

Den meisten Anklang jedoch fand bisher die Jodmangeltheorie, die besagt, „daß Kropfgegenden unterjodiert sind, und daß in diesem Jodmangel die Ursache der Verkropfung liegt".

Die wichtigste Stütze der Theorie war die Probe aufs Exempel, nämlich der Erfolg der modernen Vorbeugungs- und Bekämpfungsmaßnahmen. Man ging dabei von dem naheliegenden Gedanken aus, das in der Nahrung fehlende Jod durch künstliche Zufuhr zu ersetzen, indem man an Stelle des gewöhnlichen jodfreien Kochsalzes jodhaltiges Kochsalz, sogenanntes „Vollsalz", verschrieb. Heute gibt es in vielen kropfverseuchten Ländern — in der Schweiz, Oesterreich, im Allgäu, Oberitalien und in einigen Städten Nordamerikas — überhaupt kein gewöhnliches Kochsalz mehr, sondern nur noch „Vollsalz" zu kaufen.

Der Kropf ist vornehmlich eine Krankheit der Kinder und Frauen.

Der Schulkropf der Kinder ist ein Kapitel für sich. In Kropfgebieten befällt er nicht selten die Hälfte der Schulkinder. Doch verschwindet er am Ende der Schulzeit bei der Mehrzahl ohne weiteres Zutun, ja, selbst ohne Jod. Den entscheidenden Wert legt Dr. Liek hierbei auf richtige Ernährungs-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Das natürliche Stillsitzen der bewegungshungrigen Kinder in heute oft überfüllten und schlecht gelüfteten Klassen, ferner die geistige Ueberanstrengung führen zu einer Schwächung der Konstitution, die wiederum das Entstehen des Kropfes und seine wachsende Ausbreitung begünstigt. Sport und Spiel in frischer Luft, Sonnenbäder und Gymnastik bilden ein gutes Gegengift. Vor allem verordnet Dr. Liek mit Erfolg eine vornehmlich vegetabilische Kost: reichlich frisches Gemüse und ungeschältes frisches Obst, grobes Brot, viel Milch und wenig Fleisch. Dazu kann in hartnäckigen Fällen etwas Jod gegeben werden; oft genügt auch schon reichliche Fischnahrung, von der die Seefische, speziell Heringe, sehr jodhaltig sind.

Eine operative Behandlung der Schul- und Jugendkröpfe ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überflüssig.

Ganz anders liegen die Dinge beim Kropf der Frauen, bei denen die Schilddrüsenerkrankungen um vieles häufiger sind als beim Manne. So zählt Dr. Liek auf 986 gewöhnliche Kröpfe nur 23 Männer, unter 460 Basedow-Kranken nur 17 Männer; 6 bösartige Kröpfe betrafen sämtlich Frauen.

Bei sehr alten, verhärteten Kröpfen ist eine Jodbehandlung im allgemeinen schon zu spät und man muß sich zur Operation entschließen. Vielleicht werden spätere Forscher über unseren Versuch, den Schilddrüsenerkrankungen mit dem Messer beizukommen, lächeln und hier einen verzeihlichen Irrweg sehen. Heute jedoch steht uns in solchen Fällen, in denen der Kropf schon so groß ist, daß dadurch ein starker Druck auf die Luftröhre ausgeübt wird und erhebliche Atemnot zutage tritt, noch kein anderes Mittel zu Gebote, um den Patienten vor dem Erstickungstode zu bewahren. Auch die hochgradige Entstellung und der Verdacht der Bösartigkeit zwingen uns oft zur Operation, die man, da es sich, wie gesagt, fast stets um Frauen handelt, und zwar meist um jüngere, nur dann als gelungen bezeichnen wird, wenn auch der kosmetische Erfolg nichts zu wünschen übrig läßt, eine Forderung, die ein geschickter und gewissenhafter Chirurg heute schon durchweg zu erfüllen vermag.

Dr. Lily Herzberg.

Dschungel-Gefahren

Trotz aller Fortschritte der Zivilisation wimmelt es auch heute noch von Gefahren in den Dschungeln Indiens, diesen undurchdringlichen Festungen der Natur. Nach Mitteilungen aus London wurden in den indischen Dschungeln im Jahre 1927 über 22 000 Menschen von Schlangen und wilden Tieren getötet. Allein durch Schlangengift starben 19 724 Menschen. 1033 wurden von Tigern getötet, 465 von Wölfen, 218 von Leoparden, 136 von Krokodilen, 85 von Wildschweinen, 78 von Bären, 53 von Elefanten und 41 von Schakalen. Im gleichen Jahre konnten andererseits 57 116 Schlangen unschädlich gemacht und 4300 Leoparden, 2738 Wölfe und 1368 Tiger erlegt werden.



[9] Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf

„Pst! Hör' nur!"

Mit vor Angst weit geöffnetem Munde hob Le Hern die Hand, um Schweigen zu gebieten. Das spöttische Kreischen, das sie gehört hatten, begann wieder, etwas entfernter, erstickt, aber zweifellos im Turme selbst.

„Hörst du?"

Sie packten den Tisch und die Stühle, um sie als Barrikade vor der Tür aufzubauen. Sie aßen nicht zu Abend und blieben auch in dieser Nacht wach.

Als der Tag gekommen war — ein glanzloser, schmutziggrauer Tag, über dem die Sonne wie eine über dem Wasser hängende rote Kugel aufging — beratschlagten sie über ihre Lage. Die „Marie-Jeanne" konnte nicht vor fünf Tagen kommen, auf andere Hilfe war nicht zu rechnen, denn während der Novembernebel wagte sich niemand in diese gefährliche Gegend. Sie waren also für fünf Tage gefangen. Würden sie es bis dahin aushalten? Sie hatten einen sehr geringen Vorrat an Lebensmitteln, der gerade für drei Tage reichte. Auf Brot und Speck machten sie mit dem Messer ihre Einteilung. Die Teile waren lächerlich klein. Und Wasser fehlte ihnen gänzlich!

Nach dieser Prüfung wollte Brenellec den Tag, der Gott gehört, benutzen, um den Proviant zu ergänzen. Kaum waren die Möbel geräuschvoll beiseite gerückt worden, als das höhnische Kichern erscholl. Verstört richteten sie die Barrikade wieder her.

Vierundzwanzig Stunden vergingen, in deren Verlauf sie einsahen, daß ihre freiwillige Einschließung unerträglich werden würde. Das Zimmer, in dem sie sich hätten aufhalten müssen, war ganz klein und durch die Treppe, die zur Laterne führte, fast ganz ausgefüllt. Das zwangsweise Beieinandersein, das selbst, wenn es von angenehmen Trennungen unterbrochen ist, peinlich ist, wird unerträglich, falls gar keine Pause eintritt. Außerdem wurden sie von Hunger und hauptsächlich von Durst geplagt.

Am nächsten Tage wurde es noch schlimmer. Sie bekamen Ohrensausen; ihr Kopf schien in einen Schraubstock eingespannt; sobald sie aufstanden, zwang ein Schwindelanfall sie wieder nieder, und ihr Magen tat ihnen weh.

Während der Nacht nahm ihre Müdigkeit noch zu. Sie konnten nicht schlafen, denn alle Augenblicke weckte einer den anderen; jedes Geräusch schien ihnen verdächtig, es war kein Wasser vorhanden, um das Fieber zu lindern, das in ihnen brannte. Ihre Zunge war beiegt, ihre Hände waren heiß und trocken; plötzliche Hitze übergoß sie wieder in plötzlichen Anfällen. Da kamen sie auf den Einfall, um sich Wasser zu verschaffen, eine Bluse auf die Terrasse in den Nebel zu legen. Sie würde sich vollsaugen; sie könnten an ihr lutschen und so wenigstens die Illusion von Süßwasser sich verschaffen. Aber der Nebel gab der Bluse den gleichen Salzgeschmack, als wenn man sie ins Meer getaucht hätte; und außerdem bereitete das entsetzliche und knirschende Gefühl der Zähne, die sich in die Wolle bohrten, größeren Schmerz als der Durst selbst.

Trotzdem brauchten sie irgend etwas zu trinken, irgend etwas zu knabbern. Es war ihnen, als würden ihre müßigen Zähne im Zahnfleisch beweglich, als klebten die Wände des Gaumens aneinander. Sie kauten ihren Tabak und schluckten den bitteren Saft hinunter; sie kauten Leder und Leinwand. Fürchterliche Brechanfälle quälten ihre leeren Mägen. Und sie näherten sich dem Delirium. Sie sprachen von üppigen Mahlzeiten, die sie einst eingenommen hatten, von Hochzeitstafeln, an denen man Hühnchen, Omeletten mit Speck oder Zucker und feinste Krapfen aufgetischt und bei denen man Wein und schäumenden Most getrunken hatte. Diese Erinnerungen berauschten ihre schwachen Köpfe. Sie fühlten wirklich den Geschmack der Dinge, von denen sie sprachen, die saftigen Saucen, das zarte Fleisch, den Geschmack des Apfelweines und die duftende Herbheit des Weines.

Diese Gespräche erfüllten sie mit so großem Fieber, daß sie zum zweiten Male den Entschluß faßten, hinunterzugehen.

Als die Tür sich öffnete, erscholl das höhnische Kichern.

Da wurden sie von einem richtigen Anfall von Wahnsinn auf die Knie gedrückt, und sie begannen zu heulen, um dieses Geräusch zu übertönen; aus Leibeskräften schrien sie ihre Paternoster, ihre Aves, Bruchstücke von Litaneien und Gebeten, und sie brüllten sich die Kehle heiser, damit Gott sie höre ...

In einer kurzen Atempause hörten sie abermals das Lachen, aber drohender, spöttischer denn je.

Die Tür war offen geblieben. Jetzt würde er kommen. Jetzt würde er sie packen!

Zitternd und stumm kletterten die beiden Wächter die Treppe zur Laterne hinauf; ihre Köpfe waren tief geneigt, und eng nebeneinander tasteten sie sich wie armselige, in diese letzte Zuflucht verschlagene Tiere auf die Terrasse hinaus. Es regnete. Der Horizont ging in einen zinngrauen Himmel über; das bleiche Wasser wurde von unzähligen Tropfen getroffen, die unter ihrem beständigen Hämmern die Linien der Wellen furchten und zerstörten und das ganze Meer in eine düstere und knisternde Oberfläche verwandelten. Die Kuppel des Leuchtturms triefte. Sie verloren sich in einem Geräusch von Wasser, in einer eisigen Hülle aus Wasser, das durch ihre Kleidung bis auf die Haut drang. So verbrachten sie drei Stunden. Erst gegen Abend entspannten sich ihre Nerven etwas, und ihr Pflichtbewußtsein ließ sie an das Anzünden der Laterne denken. Sie schlichen hinein, ohne die Aufmerksamkeit des Bösen auf sich zu lenken.

Es konnte nicht so weiter gehen. Zweimal schon hatte Le Hern das Bewußtsein verloren. Sie konnten doch nicht Hungers sterben ... Da niemand die bei den ersten Befürchtungen gehißte Alarmflagge bemerkt hatte, waren sie nur auf sich selbst angewiesen. Und sie dachten an das Beiboot, das sie von der Terrasse aus gesehen hatten. Hier jedoch ergab sich ein schwieriges Problem. Fliehen bedeutete ihren Posten im Stich lassen. Dazu hatten sie kein Recht. Als Le Hern, von wahnsinniger Angst gepackt, Fluchpläne schmiedete, sammelte Brenellec seine ganze Energie, um ihm das Unwürdige einer Fahnenflucht vor Augen zu halten. Seine ganze Vergangenheit protestierte gegen ein solches Verhalten. Sollten sie auf ihrem Posten sterben, so sollte es wenigstens ein ruhmreicher Tod sein!

Gerade als er diesen Gedanken ausführte, hörte man abermals das entsetzliche Lachen.

In normalem Zustande hätten sie ihre Maßnahmen ergriffen. Aber in ihrem vom Hunger entkräfteten Körper hatte ihr Verstand sein Gleichgewicht verloren.

„Nein, nein ...", sagte Le Hern, „da gibt es keinen Ausweg nach rechts und keinen nach links ... Satan will sein Recht haben. Zum Boot! ... Machen wir, daß wir fortkommen! ... Das ist der einzige Weg."

Brenellec, der vom Fieber verbrannt und von Magenkrämpfen gequält war, hatte gerade noch die Kraft zu murmeln:

„Laß mich noch die Lampe füllen ..."

Denn die Stunde des Anzündens war gekommen. Mit zitternder Hand goß er das Petroleum aus dem Reservoir, während sein Kamerad Wache stand.

(Fortsetzung folgt.)

holt; dem Maschinensteiger Tappe; dem Bauführer Schulten in Buer; der Schule in der Bülsestraße; dem Kinderheim in der Hammstraße; ferner ist er dringend verdächtig eines weiteren Diebstahls in Buer-Scholven und in Buer-Erle. R. wurde dem Amtsgericht, hier, vorgeführt. Im Gerichtsgefängnis versuchte er einen Löffel. Ein altbekannter Trick der Verbrecher, um dadurch im Krankenhaus bessere Gelegenheit zur Flucht zu finden. Er wurde zur weiteren Behandlung dem Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Essen übergeführt, woselbst er sich einer Operation unterziehen mußte.

Die Volksfürsorge als Versicherungsunternehmen. Der Versicherte L. W. aus Gelsenkirchen schloß am 1. Februar 1928 eine Lebensversicherung mit 3 RM monatlich ab. Die versicherte Person starb am 3. März 1930. Den Erben konnte die Versicherungssumme in Höhe von 717 RM ausgezahlt werden. — Rasch tritt der Tod den Menschen an. — Treffe jeder Vorsorge durch den Abschluß einer Versicherung beim eigenen Unternehmen der Arbeiterschaft, der „Volksfürsorge" Auskunft erteilen der zuständige Vertrauensmann sowie die Rechnungsstelle der Volksfürsorge, Essen, Hansahaus, Schillerstraße 1 bis 5.

Feierschichten! Auf den der Steinkohlenbergwerks AG., Recklinghausen, gehörenden Schachtanlagen Bergmannsglück, Scholven, Westerholt, Möllerschächte, Zweckel, Waltrop und Rheinbaben wurde am Montag angeblich wegen Absatzschwierigkeiten gefeiert. Es ist dieses die dritte Feierschicht im Monat März. Es wird nach Verlautbarung der Direktion, in dieser Woche mit noch einer Feierschicht zu rechnen sein.

Diebstahl. Auf einer hiesigen Schachtanlage hielt Samstag mittag ein Altwarenhändler seinen Wagen dicht unter der Einfriedigungsmauer, überstieg dieselbe und warf einen größeren Posten Metallteile über die Mauer in den Wagen. Bei dieser illegalen „Expropriation" wurde er von einem Zechenpolizisten überrascht, der den Händler mit zur Wache gehen ließ.

Zusammenstoß. In der Nacht zum Dienstag stießen auf der Dorstener Straße, in der Nähe der Wirtschaft Bußmann, zwei Motorradfahrer zusammen. Hierbei kam der in Richtung Buer fahrende Motorradfahrer, ein junger Mann aus Bochum, heftig zu Fall und zog sich einen Knöchelbruch zu. Beide Motorräder wurden leicht beschädigt.

Bestandene Prüfung. Gelegentlich der Prüfung der Drogistengehilfen, die im Stadtteil Buer stattfand, bestand von 16 Prüflingen der Sohn des Reviersteigers Grüter, Geschwisterstraße wohnhaft, die Prüfung mit dem Prädikat „Sehr gut". Grüter war beim Drogisten Schäfer in Buer-Hassel in die Lehre.

Freigelassen! Der Fuhrunternehmer Marx, der angeblich in Notwehr den Arbeiter Pentek in der vergangenen Woche erschossen hat und sich bis jetzt in Haft befand, wurde am Samstag nach eingehender Prüfung von der Untersuchungsbehörde aus der Haft entlassen.

Horst

Die Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt fallen aus! Mit Rücksicht auf die Unterbezirkskonferenz der Frauen am Donnerstagnachmittag fallen die Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt an diesem Nachmittage aus.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

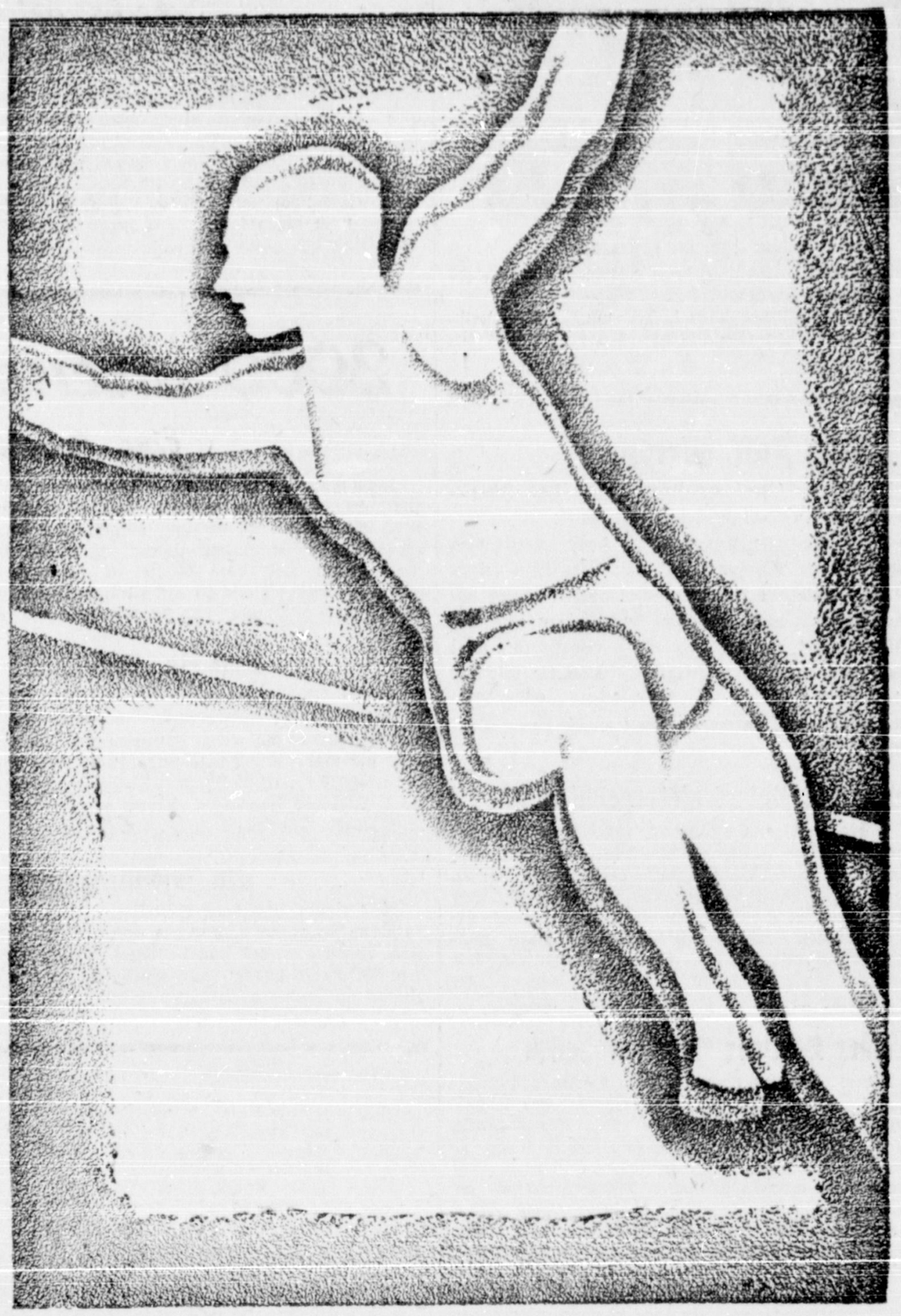
Man wollte nur einen Mantel holen.

Wegen schweren Diebstahls standen 1. der 24jährige Althändler Heinrich M. jun.; 2. der 58jährige Arbeiter Ernst S.; 3. der 25jährige Arbeiter Nikolaus B., denen sich 4 wegen Hehlerei der 52jährige Althändler Heinrich M. zugesellte. Alle Angeklagten wohnen in Gelsenkirchen. Mit Ausnahme des dritten Angeklagten sind alle vorbestraft, der zweite Angeklagte ganz erheblich und mit mehrfachen Zuchthausstrafen. Die drei ersten Angeklagten werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte S. wollte sich am 18. Dezember 1929 einen Mantel holen. Trotzdem M. jun. wußte, daß es sich um einen Diebstahl handeln sollte, ging er mit. Auch K. war mit von der Partie. Die vorher von S. ausgekundschaftete Gelegenheit in einer Stallung auf der Schalker Straße wurde benutzt. Außer dem Mantel erwischte S. in einer verschlossenen Kiste noch Bett- und andere Wäsche, Decken und dergleichen, außerdem noch ein Pferdegeschirr. Gemeinschaftlich trugen die drei die zuerst eingepackten Sachen davon, um sie in Gärten an der Königstraße zu verstecken, damit sie M. jun. am nächsten Morgen im Vorbeifahren mit seinem Fuhrwerk mit nach Hause nehmen sollte. M. sen. bedeutete ihnen, die Sachen wegzuschaffen, da er nichts damit zu tun haben wollte. Sie wurden zum Teil verkauft, zum Teil hat sie der Eigentümer wiedererhalten. Am 5. Januar haben dann S. und B. jun. aus einem unverschlossenen Hühnerstall im Garten eines Anstreichers sechs Hühner gestohlen und geteilt. S. brachte seinen Teil zum M. sen., wo S., der keinen Erwerb und keine Wohnung hatte, sich eine Zeitlang aufhielt. Dort wurden die Hühner auch verzehrt, weshalb sich M. sen. der Hehlerei schuldig gemacht hatte. Trotzdem B. im Gefängnis versuchte, mit einem Kassiber die übrigen Angeklagten zum Zusammenhalten aufzufordern, hat dies wenig genutzt. Wegen schweren Diebstahls wurde M. jun. zu 5 Monaten Gefängnis bei Aufhebung des Haftbefehls verurteilt. S. erhielt mit Rücksicht auf seine Vorstrafenheit 2 Jahre Gefängnis wegen schweren und einfachen Diebstahls, B. wegen der gleichen Delikte 8 Monate Gefängnis und M. sen. wegen Hehlerei an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe eine Geldstrafe von 30 RM.

Buerscher Gerichtstag

Der offene Brief an den Oberbürgermeister.

Bekanntlich wurde vor einigen Wochen von dem Erwerbslosen Gustav Hammer, der den Leuten in Buer und näheren Umgebung nicht unbekannt sein dürfte, ein sogenannter Offener Brief an den Oberbürgermeister mittels eines Flugblattes verbreitet. Diese Flugblattverteilung hatte nunmehr ein tragikomisches Nachspiel am Buerschen Schöffengericht. Die Polizei hatte dem Gustav mehrere Strafmandate zukommen lassen, weil festgestellt worden war, daß der Verfasser mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Verbreitung derartiger Flugblätter in Konflikt geraten war. So fehlte die Unterschrift des Verfassers und ebenso auch die Wohnungsangabe. Weil dies ein Vergehen gegen das Pressegesetz war, ließ die Polizei die Flugblätter beschlagnahmen. Gustav wußte sich aber zu helfen, er warf die Flugblätter einfach auf die Straße, zumal der Buersche Wind schon für ihre Verbreitung sorgte. Die Flugblätter kamen also doch unter die Leute. Der Angeklagte erhielt von der Polizei 1. wegen Verunreinigung der Straße und 2. wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit Strafmandate. Gegen die Strafbefehle legte H. Berufung ein, die am Samstag verhandelt wurde. Treuherzig meinte Gustav, wenn Hindenburg keine Wohnungsangabe unter Aufrufe zu setzen brauche, dann habe er es auch nicht notwendig. Wegen Vergehens gegen die Sonntagsarbeit könne er auch nicht bestraft werden, weil dann ja auch alle Flugblattverteiler sich des gleichen Vergehens schuldig machten. Teilweise hatte der Angeklagte mit seinen Einsprüchen Erfolg. Das Gericht ließ nur den Strafbefehl wegen Vergehens gegen das Pressegesetz bestehen und hob die anderen Strafbefehle wieder auf. Die Strafe wegen Vergehens gegen das Pressegesetz wurde außerdem auf 5 RM ermäßigt.



Edler Tabak – sorgfältige Verarbeitung –

– – und dann noch Tabak-Massage

Lesmona verwendet zur Herstellung der Wappenschild-Zigaretten edlen Macedonen-Tabak, sorgfältig behandelt und gepflegt. Aber darüber hinaus verfügt Lesmona über ein entscheidendes Plus: Tabak-Massage, die den Tabak aromatischer und bekömmlicher macht. „Wappenschild" rauchen heißt, den Rauchgenuß steigern.

Gesunder Körper — gestählt durch Massage
Edler Orient-Tabak — *verfeinert durch Massage*

Wappenschild

Zigaretten

. . der Tabak ist massiert

5 Pfg

Lesmona-Zigarettenfabrik, Bremen
— RINGFREI —



Das polnische Kabinett gestürzt.

Links: Arbeitsminister Prystor, der die Ursache des Sturzes des polnischen Kabinetts wurde.

Rechts: Ministerpräsident Bartel, der nach einem Mißtrauensvotum der polnischen Sozialdemokraten seinen Rücktritt erklärte.

Der Fall Momm

Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) Zum Fall Momm in Potsdam wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Es ist nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß Regierungspräsident Momm etwas von dem Tun seiner Frau gewußt hat. Nachdem der psychisch kranke Zustand der Frau Momm aufgefallen war, sind die Angehörigen und der Hausarzt darüber gehört worden und es ist beabsichtigt, zwei Kapazitäten, darunter einen Nervenarzt der Charitee mit der Untersuchung der Frau Momm zu beauftragen. Eine Verhaftung ist nicht vorgesehen, da weder Fluchtverdacht noch Verdunkelungsgefahr vorliegt.

Am Grabe des Vaters niedergeschlagen

Berlin, 18. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Abend" meldet aus Hanau: Der Landtagsabgeordnete Rehbein, Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Hanau, weilte gestern auf dem städtischen Friedhof am Grabe seines Vaters. Dabei wurde er von kommunistischen Arbeitern erkannt, die ihn anpöbelten. Als er sich das verbat, kamen kommunistische Friedhofsarbeiter hinzu, die mit Schaufeln und Hacken auf Rehbein einschlugen, so daß dieser blutend und schwer verletzt in seine Wohnung geschafft werden mußte.

Nach einer Berliner Reise verschollen

Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) Die Berliner Polizeistellen beschäftigten sich zur Zeit mit dem Schicksal des Frankfurter Rechtsanwaltes Jakob Lindheimer. Der Rechtsanwalt, ein Mann von 41 Jahren, der zuletzt in der Scheffelstraße 22 zu Frankfurt am Main wohnte, wird seit dem 17. Januar 1929 vermißt, also seit mehr als einem Jahr. Lindheimer war an jenem Tage nach Berlin gefahren und hatte etwa 10 000 Mark bei sich. Zu Hause hatte er gesagt, daß er sich in Berlin finanziell an einer Filmgesellschaft beteiligen wolle. Dazu ist es aber allem Anschein nach nicht gekommen. Von Berlin hatte der Rechtsanwalt nach Frankfurt depeschiert, daß man ihn am 19. Januar zurückerwarten könne. Er kam aber nicht und hat bis heute nichts von sich hören lassen.

Schiffskatastrophe auf dem Magdalenen-Strom

Neuyork, 18. März (Drahtm.) Nach einer Meldung der Associated Preß aus Bogota haben infolge eines Brandes auf dem Dampfer „Bucaramanga", der im Magdalenen-Strom vor Anker lag, mindestens 20 Fahrgäste und mehrere Mann der Besatzung den Tod gefunden. Der Dampfer hatte Petroleum geladen. Das Feuer brach nachts aus, was die Panik unter den Fahrgästen noch vergrößerte. Ein Teil von ihnen wurde niedergetrampelt, andere sprangen in den Fluß, wo sie ertranken oder in dem auf dem Wasser brennenden Petroleum verbrannten. Der Kapitän fand den Tod in den Flammen des brennenden Schiffes.

Grünspan - der Millionenbetrüger

Schecks gefälscht und Betrug bei Konkursen

Der seit Februar 1928 von verschiedenen deutschen und französischen Polizeibehörden gesuchte Scheckfälscher und Konkursbetrüger Grünspan ist in einem Pariser Hotel, in dem er sich unter falschem Namen eingetragen hatte, verhaftet worden. Grünspan hat die Firma „Rhein-Import" gegründet und geleitet, die sich mit allen möglichen Geschäften befaßte, aber kaum jemals wirklich gute Geschäfte tätigte. Herr Grünspan hat es aber selbst nach dem taktischen Zusammenbruch seiner Firma immer noch durch falsche Buchungen und Bilanzen verstanden, den Eindruck eines glänzenden Geschäftsganges zu erwecken, so daß er große Kredite eingeräumt bekam; die dafür eingekauften Waren wurden aber wieder zu Spottpreisen verschleudert. Die Zentrale der Firma befand sich in Wiesbaden. Als dem Chef hier der Boden zu heiß wurde, verabschiedete er sich nach der Erschwindelung eines letzten hohen Bankbarkredites und mit einigen größeren Scheckfälschungen. Von Wiesbaden aus begab er sich nach Warschau, von Warschau nach Paris, wo ihn das Schicksal ereilte. Im ganzen dürfte Grünspan seine Gläubiger um ungefähr eine Million Mark betrogen haben.

2000 Menschen niedergemetzelt

Eine kommunistische Räuberbande in China

Neuyork, 18. März. (Drahtmeldung.) Wie Associated Preß aus Schanghai meldet, besagen chinesische Berichte, die dort mit einiger Verspätung eingetroffen sind, daß eine kommunistische Räuberbande zu Anfang dieses Monats den Ort Fuan in der Nähe von Kianfu in der Provinz Kiangsi überfallen, die ganze Ortschaft ausgeplündert und alle Beamte sowie 2000 Männer, Frauen und Kinder niedergemetzelt hat.

Auch ein „Fordschritt"

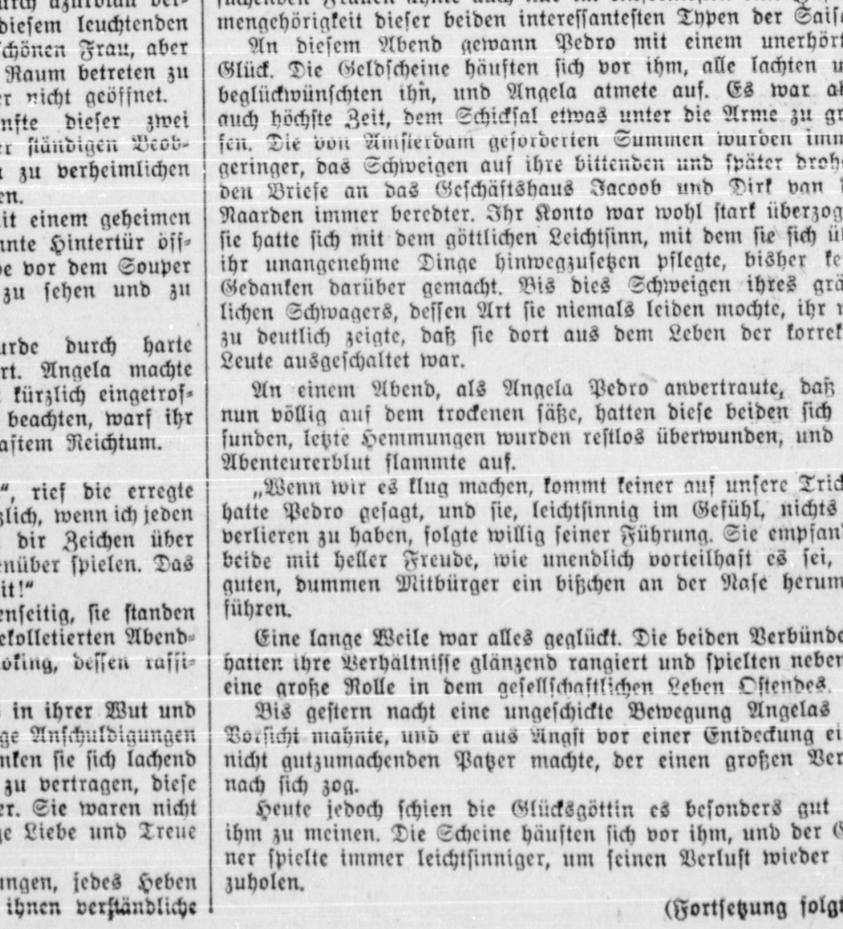
Henry Ford hat neuerdings für seine Arbeiter und Angestellten besondere Tanzveranstaltungen eingerichtet, ist aber mit den hierfür engagierten Tanzmeistern sehr unzufrieden. Ford haßt die modernen Tänze und bemüht sich um die Einführung der uralten Quadrille. Zwölf Tanzmeister, die an dieser schwierigen Aufgabe scheiterten, haben bereits den Tanzboden ihrer mißglückten Pädagogik räumen müssen.

Ein Faschistenrekord

Aus einem Spaghetti-Wettessen in Chikago ist der Italiener Catarino Nazareno nach einem Konsum von 1137 Fuß Spaghetti, etwa 300 Meter, als unbestrittener Sieger hervorgegangen. Gegen Nazareno traten neun Chikagoer Konkurrenten ins Feld, die sich in früheren ähnlichen Wettkämpfen Lorbeeren errungen hatten. Der Kampf verlief vor hunderten von Neugierigen recht spannend. Als der Schiedsrichter sein Endsignal gab, waren drei Stunden ununterbrochenen Spaghettischlingens verflossen, aber Nazareno zeigte sich noch keineswegs befriedigt. Seine Gegner lagen entweder unter dem Tisch oder befanden sich in Hospitalen. Der Spaghettiheld ließ sich mit Siegesstolz von den neugierigen Reportern interviewen. 200 Pfund Lebendgewicht sind keine Kleinigkeit, die durch die Feststellung, daß Nazareno in seinem Leben mindestens 2 Millionen Fuß Spaghetti verzehrt hat, einen impressiven Hintergrund bekommen. Nur durch ein ausgezeichnetes Training in seiner frühen Jugendzeit ist es dem neuen Champion gelungen, die Kunst des Essens der schlüpfrigen Substanz in derartigen unerhörten Mengen zu meistern.

Holländischer Dampfer in Brand

Amsterdam, 17. März (Drahtm.) Die Direktion der Holland-Amerika-Linie teilt mit, daß ihr mit Stückgütern beladener 6855 Tonnen-Dampfer „Blydendyk", der sich auf der Fahrt von Java nach Neuyork befand, heute im Sues-Kanal in einer Entfernung von 15 Seemeilen von Sues in Brand geraten ist. Das Feuer nahm sehr bald eine solche Ausdehnung an, daß die Besatzung das Schiff verlassen mußte. Sie wurde von dem zu Hilfe geeilten Bergungsdampfer „Protector" an Bord genommen.



Der neueste Monumentalbau Hamburgs,

der „Sprinkenhof", ist fertiggestellt.



26) (Fortsetzung.)

Man spielte um große Summen, denn nur das war es, was diese verwöhnten, etwas gelangweilten Menschen hier reizte. Große Vermögen zerplatzten auf den grünen Tischen, und die Verlierer lächelten meistens über diesen kleinen Nervenkitzel. Man schrieb einen Scheck, um am anderen Tage aufs neue zu riskieren und zu verlieren.

Die schöne Angela spielte selten selbst, es war ihr, wie sie sagte, zu langweilig, stundenlang an einem Platz festzusitzen. Sie stand hier und da hinter den Sesseln ihrer spielenden Verehrer und sah ihnen bei ihren gewagten Spielen lächelnd über die Schulter. Man sagte allgemein, ihre Nähe brächte Glück. Ab und zu wechselten die Spieler die Plätze, Angela plauderte und lachte in ihrer scharmanten Art mit diesem und jenem. Ihre erklärten Verehrer wechselten dauernd. Der englische Lord hatte längst einem Amsterdamer Brillantenhändler Platz gemacht, und dieser wiederum einem schwedischen Attachee aus dem Geschlecht der Wasas, müde und verbraucht, wie so oft die Nachkommen alter, fast ausgestorbener Dynastien.

Erst um die Morgenstunde trennte man sich meistens, um sich gegen Mittag im Familienbade wieder zu treffen, wenn man es nicht vorzog, die Nacht mit einer Segelpartie auf der Yacht irgendeines französischen Finanzmannes zu beschließen und dem Sonnenaufgang bei einem schnell improvisierten Frühstück entgegenzufahren.

So lebte man in Ostende Tag für Tag, und es war schon im zweiten Monat, daß sowohl Angela als auch Pedro Cavalcante hier seßhaft waren. Es mochte abends um die achte Stunde sein, als sich in der Strandvilla „White Star", die Angela van der Naarden bewohnte, eine erregte Szene zwischen ihr und Pedro abspielte. Pedro verlor seit etwa zwei Nächten unaufhörlich und schob diese Verluste auf die Ungeschicklichkeit dieser schönen Frau.

Sie befanden sich im „Blauen Traum", wie das Boudoir Angelas genannt wurde. Das kleine Zimmer war ganz Blau in Blau gehalten und wirkte wie eine stille Insel inmitten all der Unruhe ringsumher. Blau die Wände, blau die Möbel und Kissen und blau das gedämpfte Licht, das durch azurblau verhängte Fenster fiel. Man sprach viel von diesem leuchtenden Traum in Blau im Hause der exzentrischen schönen Frau, aber nur Eingeweihte durften sich rühmen, diesen Raum betreten zu haben. Bei allen offiziellen Abenden war er nicht geöffnet.

Hier fanden die heimlichen Zusammenkünfte dieser zwei raffinierten Menschen statt, die ungeachtet der ständigen Beobachtung von allen Seiten ihre Beziehungen zu verheimlichen verstanden, ein neuer Reiz dieser Liebesstunden.

Hier fand Pedro zu jeder Zeit Einlaß mit einem geheimen Schlüssel, der ihm eine den anderen unbekannte Hintertür öffnete. Und auch heute gehörte die halbe Stunde vor dem Souper im Palace-Hotel ihnen, um sich heimlich zu sehen und zu sprechen.

Aber der Friede dieser Märcheninsel wurde durch harte Worte und häßliche Verdächtigungen gestört. Angela machte Pedro eine Eifersuchtsszene wegen einer erst kürzlich eingetroffenen Pedro hingegen, ohne ihre Einwände zu beachten, warf ihr vor, daß ihre Ungeschicklichkeit ihn ruiniere.

„Ich kann es nicht zu auffällig machen", rief die erregte Frau exaltiert. „Man bemerkt es doch schließlich, wenn ich jeden Tag dieselben Handbewegungen mache, um dir Zeichen über die Karten der Herren zu geben, die dir gegenüber spielen. Das ist mir zu gefährlich, ich mache nicht mehr mit!"

Sie beschimpften und belasteten sich gegenseitig, sie standen sich mit geballten Fäusten gegenüber, sie im dekolletierten Abendkleid und er im tadellos geschnittenen Smoking, dessen raffinierter Bau die Kenner entzückte.

Sie standen sich gegenüber, hemmungslos in ihrer Wut und in dem Bestreben, sich gegenseitig durch heftige Anschuldigungen und ordinäre Worte zu reizen. Und dann sanken sie sich lachend und weinend in die Arme, um sich wieder zu vertragen, diese beiden, sich aufs Haar gleichenden Abenteurer. Sie waren nicht imstande, sich zu trennen, schwuren sich ewige Liebe und Treue und Beständigkeit bis zum nächsten Male.

Sie erfanden neue Tricks, neue Bewegungen, jedes Heben oder Senken des Fingers hatte eine nur ihnen verständliche Bedeutung, jedes Augenzwinkern bedeutete eine bestimmte Karte im Spiel des Gegners, die zum Munde geführte Zigarette, das Klingen des Armbandes am Arm eine andere, und keiner all der eleganten Nichtstuer, keine der vielen Abenteuer suchenden Frauen ahnte auch nur im entferntesten eine Zusammengehörigkeit dieser beiden interessantesten Typen der Saison.

An diesem Abend gewann Pedro mit einem unerhörten Glück. Die Geldscheine häuften sich vor ihm, alle lachten und beglückwünschten ihn, und Angela atmete auf. Es war aber auch höchste Zeit, dem Schicksal etwas unter die Arme zu greifen. Die von Amsterdam geforderten Summen wurden immer geringer, das Schweigen auf ihre bittenden und später drohenden Briefe an das Geschäftshaus Jacoob und Dirk van der Naarden immer beredter. Ihr Konto war wohl stark überzogen, sie hatte sich mit dem göttlichen Leichtsinn, mit dem sie sich über ihr unangenehme Dinge hinwegzusetzen pflegte, bisher keine Gedanken darüber gemacht. Bis dies Schweigen ihres grämlichen Schwagers, dessen Art sie niemals leiden mochte, ihr nur zu deutlich zeigte, daß sie dort aus dem Leben der korrekten Leute ausgeschaltet war.

An einem Abend, als Angela Pedro anvertraute, daß sie nun völlig auf dem trockenen säße, hatten diese beiden sich gefunden, letzte Hemmungen wurden restlos überwunden, und ihr Abenteurerblut flammte auf.

„Wenn wir es klug machen, kommt keiner auf unsere Tricks", hatte Pedro gesagt, und sie, leichtsinnig im Gefühl, nichts zu verlieren zu haben, folgte willig seiner Führung. Sie empfanden beide mit heller Freude, wie unendlich vorteilhaft es sei, die guten, dummen Mitbürger ein bißchen an der Nase herumzuführen.

Eine lange Weile war alles geglückt. Die beiden Verbündeten hatten ihre Verhältnisse glänzend rangiert und spielten nebenbei eine große Rolle in dem gesellschaftlichen Leben Ostendes.

Bis gestern nacht eine ungeschickte Bewegung Angelas zur Vorsicht mahnte, und er aus Angst vor einer Entdeckung einen nicht gutzumachenden Patzer machte, der einen großen Verlust nach sich zog.

Heute jedoch schien die Glücksgöttin es besonders gut mit ihm zu meinen. Die Scheine häuften sich vor ihm, und der Gegner spielte immer leichtsinniger, um seinen Verlust wieder einzuholen.

(Fortsetzung folgt.)

Preußischer Landtag

Verlängerung der Grund- und Hauszinssteuer

Bei Beginn der Dienstagsitzung des Preußischen Landtags verwahrte sich Abg. Barth (Dn.) in einer Erklärung dagegen, daß der Amtliche Preußische Pressedienst in polemischen Ausführungen die Beantwortung der deutschnationalen Interpellation über die Magdeburger Rede Brauns am Volkstrauertage vorweggenommen habe.

Debattelos überwies das Haus die Novelle zur Geschäftsordnung in die Ausschußberatung, die in Konsequenz des kommunistischen Auftretens im Hauptausschuß auch den Ausschußvorsitzenden das Recht geben will, renitente Abgeordnete aus dem Saal zu weisen. Gleichfalls debattelos wurde in der Schlußabstimmung das Zentrum-Initiativgesetz angenommen, das die Altersgrenze für Hochschullehrer vom 65. auf das 68. Lebensjahr hinaufgesetzt und das am 31. März 1930 in Kraft treten soll.

In gemeinsamer Debatte erledigte das Haus dann die zweite Lesung der Verlängerung der Grund- und der Hauszinssteuer bis 31. März 1931. Die Abstimmungen hierüber erfolgen am Mittwoch. Im Ausschuß sind alle Aenderungsanträge zu diesen beiden Regierungsvorlagen abgelehnt worden. Abg. Schulze-Stapen (Dtn.) forderte Freistellung der Landwirtschaft auf ein Jahr von der Steuerpflicht. Abg. Jacoby-Raffauf (Z.) wies darauf hin, daß gerade die Landwirtschaft nach Annahme des Youngplanes durch Wegfall der Rentenbanklasten eine Steuererleichterung von 6 bis 9 Prozent der Steuerhöhe erhalte. Dr. v. Eynern (Bayr. Vp.) verlangte zahlreiche Erleichterungen für Neubauten bei der Hauszinssteuer und gleichfalls „vorläufige Freistellung" der Landwirtschaft von der Grundsteuer. Abg. Falk (D.) bedauert auch im Interesse eines Grenzfonds Steuerausfallsanträgen nicht zustimmen zu können. Die Abgeordneten Oberförster (K.) und Mentz (WP.) lehnten die Realsteuern ab. Der Wirtschaftsparteiler verlangte endliche Durchführung des Artikels 164, der den Schutz des Mittelstandes ausspricht. Auch Abg. Werdes (D. F.) und Kaufmann (NS.) waren gegen die Realsteuern.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.)

„Wir können uns als Regierungspartei nicht den Luxus erlauben, gegen die Verlängerung der Steuergesetze zu stimmen. Auch die Deutschnationalen haben früher, als sie in der Reichsregierung saßen, das Hauszinssteuergesetz angenommen (Hört, hört bei den Sozialdemokraten). Die geforderten Abstriche der Volkspartei können wir nicht mitmachen, da sie einen Ausfall von rund 200 Millionen Mark bedeuten würden. Es zeugt nicht gerade von Verantwortungsgefühl, wenn die Volkspartei für diesen Ausfall keine Deckungsvorschläge macht. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Gegenüber der kommunistischen Kritik ist zu sagen, daß an der jetzigen Erhebungsgrundlage der Hauszinssteuer die Kommunisten selbst schuld sind. Sie haben früher gegen das Gebäudeentschuldungssteuergesetz gestimmt, das ein erhebliches Mehr an Einnahmen bringen sollte, ohne dabei die Lasten der Mieter zu erhöhen. Die frühere Generation der Kommunisten hat schließlich auch eingesehen, daß sie damit einen entscheidenden Fehler gemacht hat. Die nach der Wahl hier eingezogene neue Garnitur von Kommunisten weiß davon allerdings nichts.

Die Behauptungen, daß die Regierungsparteien die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwerten wolle, sind unwahr.

Im Reichstag ist der sozialdemokratische Antrag, daß diese Rückflüsse nur für den Wohnungsbau dienen sollen, angenommen worden und damit ist auch für die Regierungsparteien die Richtlinie gegeben.

Die Ausführungen des Nationalsozialisten Käufmann waren ein Ausflug in unbekannte Gefilde. Von der Wohnungswirtschaft versteht er offenbar nichts, sonst hätte er nicht behaupten können, daß die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer für Reparationen verwertet werden. Es kommen da rund 12 Millionen in Frage.

Zum Glück ist die Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft nicht von den Nationalsozialisten abhängig. Die Sozialdemokratie hat die Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen, ehe an die Nationalsozialisten zu denken war und sie wird diese Interessen weiter vertreten, wenn die Nationalsozialisten längst vergessen sein werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus begann noch die zweite Beratung der Novelle zur Verordnung über die Auflösung der Fideikommisse. Nach einem nun vorliegenden Antrag der Regierungsparteien dürfte endgültiger Termin für die Auflösung des gebundenen Besitzes in Preußen der 1. Juli 1938 werden.

Mittwoch: Abstimmung u. a. über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer.

Ei, wer lügt denn da?

Der Hugenberg-„Tag" oder Ministerpräsident Held?

Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) In Nummer 65 der Zeitung „Der Tag" vom 16. März 1930 wird behauptet, der bayerische Ministerpräsident Dr. Held habe auf einer Versammlung in München folgende Ausführungen gemacht:

„Er sei der Ueberzeugung, daß auch fernerhin die Finanzklauberei in der deutschen Reichsregierung nicht aufhören werde. Privatrechtlich betrachtet. Privatrechtlich betrachtet sei ein Verfahren, in so leichtfertiger Weise einen Schuldvertrag zu unterzeichnen, wie jetzt die deutsche Reichsregierung mit dem Youngplan getan habe, mit Gefängnis als Betrugsversuch bedroht. Denn es sei ausgeschlossen, und das müsse die Reichsregierung wissen, daß dieser Tributplan jemals erfüllt werden könnte."

Eine Anfrage beim Herrn bayerischen Ministerpräsidenten hat ergeben, daß dieser Teil seiner Rede völlig entstellt wiedergegeben worden ist. Der Herr bayerische Ministerpräsident hat es mit Entrüstung abgelehnt, derartige Redewendungen gegen die Reichsregierung gebraucht zu haben. Auch die bayerische Presse, wie z. B. der „Regensburger Anzeiger" und der „Bayerische Kurier", enthält in ihrer Berichterstattung über die Münchener Tagung nichts von solchen Angriffen gegen die Reichsregierung.

Bestellte Bombenattentate

Unverfrorenheit der Landvolkführer

Kiel, 18. März. (Eig. Drahtber.) Die polizeilichen Ermittlungen zur Aufdeckung der Bombenattentate in Oldesloe und Neumünster, haben die Polizei bisher trotz ihrer umfassenden Bemühungen noch nicht in die Lage versetzt, eine bestimmte Mitteilung über erfolgversprechende Spuren zu geben.

Der zuständige Regierungspräsident hat inzwischen zur Ergreifung der Täter eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt und es ist zu erwarten, daß darüber hinaus auch das Landesfinanzamt und die Staatsanwaltschaft noch höhere Belohnungen in Aussicht stellen.

Aehnlich wie bei den früheren Attentaten versucht das Blatt der Landvolkbewegung die neuen Anschläge als bestellte Arbeit zu kennzeichnen. Es bringt sowohl die Bombenanschläge, als auch die Verhaftungen der nationalsozialistischen Reichswehroffiziere in Zusammenhang mit den Beratungen über das Republikschutzgesetz im Reichstage und spricht von bestellter Putschgefahr. Die Lächerlichkeit dieser Behauptungen kennzeichnet sich von selbst.

Der Aufruf des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten wird auch von der bürgerlichen Presse mit Genugtuung begrüßt.

In republikanischen Kreisen hat man die Hoffnung, daß nunmehr der Regierungspräsident endlich jene Maßnahmen gegen die Landvolkbewegung ergreift, die schon seit langem nötig sind. Es ist möglich, daß die polizeilichen Ermittlungen ergeben werden, daß die jetzigen Landvolkführer an den Bombenanschlägen unmittelbar nicht beteiligt sind. Es ist auch anzunehmen, daß die verhaftet gewesenen Bombenattentäter gleichfalls mit den neuen Bombenanschlägen wenig zu tun haben. Sicher aber ist, daß die Führer der Landvolkbewegung, wie auch die der Nationalsozialisten von Schleswig-Holstein die intellektuellen Urheber der neuen Attentate sind. Während der letzten Wochen ist der Kampf gegen die Vertreter des Staates und der Kommunen derart maßlos geführt worden und jede Freilassung eines Bombenattentäters aus der Untersuchungshaft ist mit derartig höhnischen und gehässigen Kommentaren begleitet worden, daß die Stimmung zu neuen Attentaten notwendigerweise anwachsen mußte.

Wenn irgendwo, so wird sich in Schleswig-Holstein die Auswirkung des Republikschutzgesetzes segensreich bemerkbar machen, weil kaum anderswo in Deutschland die Mordhetze derart öffentlich betrieben wird, wie gerade hier.

Entwurf Groß-Berlin

in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt

Berlin, 18. März. In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde der gemeinsame Antrag der sozialdemokratischen Partei und sämtlicher Mittelparteien, soweit er sich gegen den neuen Entwurf „Groß-Berlin" bezieht und diesen Entwurf ablehnt, einstimmig angenommen. Die übrigen Teile des Antrages, der Einspruch gegen die Einbringung ohne Anhörung der städtischen Körperschaften, die Ablehnung eines Sondergesetzes für Berlin vor Einführung einer allgemeinen neuen Selbstverwaltung für die preußischen Städte wurden mit großer Mehrheit angenommen. Dieselbe große Mehrheit fand der Absatz, daß die Stadtverordnetenversammlung selbst Vorschläge machen würde zur Verbesserung des bestehenden Gesetzes.

Der Bürgerblock rechnet

Preisfragen: Wer wird Ministerpräsident in Sachsen

Dresden, 18. März. (Eig. Drahtber.) Die bisherigen Regierungsparteien des sächsischen Landtages hielten am Dienstag eine Besprechung über die Neuwahl des Ministerpräsidenten ab, die in der nächsten Woche endgültig versucht werden soll. Man rechnete dabei aus, daß eine Mehrheit für den von der Wirtschaftspartei vorgeschlagenen volksparteilichen Kandidaten Schieck, den Präsidenten des Staatsrechnungshofes, zustandekommen würde, wenn die Demokraten sich der Stimme enthielten und von den Alt-Sozialisten wenigstens einer für Schieck stimmen würde. Man will deshalb in den nächsten Tagen mit den Demokraten und den Alt-Sozialisten Fühlung nehmen. Am kommenden Montag soll dann eine neue Besprechung sein. Die Hoffnung der Rechtsparteien auf die Demokraten ist, wie wir hören, unbegründet. Die Demokraten werden sich aber voraussichtlich nicht der Stimme enthalten, sondern für einen eigenen Kandidaten stimmen. Damit müßte die Kandidatur Schieck schon jetzt als gescheitert betrachtet werden.

Beinahe Steuererleichterung

Die Mecklenburger Groß-Bauern abgeblitzt

Schwerin, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin lehnte die im Hauptausschuß mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossenen Steuererleichterungen, die vorwiegend dem Groß-Grundbesitz zugute gekommen wären, mit Stimmengleichheit ab. Die Regierungsparteien büßten ihre Mehrheit dadurch ein, daß zwei wirtschaftsparteiliche Abgeordnete sich zur allgemeinen Ueberraschung der Stimme enthielten.

Protest gegen Rundfunkreklame

Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) Der Vorstand des Berliner Kartells des selbständigen Mittelstandes ist heute beim Reichsrundfunkkommissar, Staatssekretär Bredow, vorstellig geworden, um auf den Mißmut und die allgemeine Entrüstung hinzuweisen, den die Rundfunkreklame der Warenhäuser hervorrufe. Der Rundfunk als vom Staat konzessionierte und mit allgemeinen Mitteln aufgebaute Einrichtung dürfe nicht einzelnen finanzstarken Gruppen zur Verfügung stehen, die ihre Reklamemöglichkeit zur Polemik gegen andere Stände ausnützen. Die dem Rundfunk für Reklame zur Verfügung stehende sehr kurz bemessene Zeit bedinge einen Preis, dessen Höhe dem gewerblichen Mittelstand die Ausnützung dieser Reklame unmöglich mache. Der Mittelstand stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß der Rundfunk nur der Unterhaltung und Volksbildung und nicht der Reklame zur Verfügung stehen dürfe. Für die Reklame ständen jedem die Tageszeitungen ausreichend zur Verfügung.

Tardieu macht Schwitzkur

Der Senat entdeckt 2,5 Milliarden Defizit statt 200 Millionen Ueberschuß

Paris, 18. März. (Eig. Drahtber.)

Der französische Senat hat am Dienstag mit der Diskussion des Budgets begonnen, die er auch diesmal wieder in einer Frist von kaum 14 Tagen zu Ende bringen muß. Trotzdem scheint das Vorhaus gesonnen zu sein, seine Kontrolltätigkeit so ernst wie nur möglich zu nehmen. Die Finanzkommission des Senats hat schon jetzt mit kritischen Augen entdeckt, daß das Budget in der von der Kammer erledigten Form, nicht wie amtlich angekündigt worden war, mit einem Ueberschuß von 200 Millionen Franken, sondern im Gegenteil mit einem Defizit von über 2,5 Milliarden Franken abschließt. Tardieu hat der Kommission am Dienstag vormittag einen ausführlichen Vortrag über die Reparationsleistungen Deutschlands im kommenden Jahre gehalten. Am Mittwoch wird er vor der gleichen Kommission wieder einmal die Existenz der neu geschaffenen Minister und Unterstaatssekretäre verteidigen müssen. Denn die Gruppe der demokratischen Linken im Senat, die zusammen mit den fünfzehn sozialistischen Senatoren die absolute Mehrheit besitzen, hat für ihre Mitglieder die Parole ausgegeben, die Kredite für den neuen Minister abzulehnen. Wahrscheinlich wird die Regierung über dieses neue peinliche Abenteuer glücklich, wenn auch abermals gedemütigt, hinwegkommen. Einige demokratische Senatoren dürften sich bei der entscheidenden Abstimmung sicherlich der Stimme enthalten.

Neuer Mann in Polen

Warschau, 18. März. (Eig. Drahtber.) Der polnische Staatspräsident hat am Dienstag die Neubildung der Regierung dem Senatsmarschall Professor Szymanski übertragen. Der neue Ministerpräsident ist im Hauptberuf Professor für Augenheilkunde an der Universität Wilna. Er zählt 60 Jahre und hat eine Zeitlang in den Vereinigten Staaten von Amerika gelebt. Während er sich als Wissenschaftler internationalen Ansehens erfreut, ist er politisch ein vollkommener Neuling. Die Betrauung Szymanski's mit der Regierungsführung bedeutet eine Ueberraschung.

Die politischen Parteien haben dazu bisher noch keine Stellung genommen.

Urteil gegen Gewerkschaften

Erfolgreiche Schadenersatzklage der Unternehmer

Leipzig, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) In der Schadenersatzklage des Steinkohlenbergwerks Käfmer & Co. im Oelsnitzer Bergbaurevier hat das Reichsarbeitsgericht die Gewerkschaften für das Verschulden ihrer Sekretäre haftbar gemacht. Dem Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Im August 1923 war ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der die Arbeitszeit für die Bergarbeiter unter Tage auf sieben Stunden festsetzte. Ende 1923 wurde durch ein Mehrarbeitszeitabkommen die Arbeitszeit für Untertage auf acht Stunden erhöht. Das Abkommen ist durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers für rechtsgültig erklärt worden. Die Arbeiter der Frühschicht erzwangen trotzdem eines Tages nach siebenstündiger Arbeitszeit die Ausfahrt. Sie wurden daraufhin am 5. Mai 1924 fristlos entlassen. Die Folge war ein Streik der Gesamtbelegschaft, der einige Wochen dauerte.

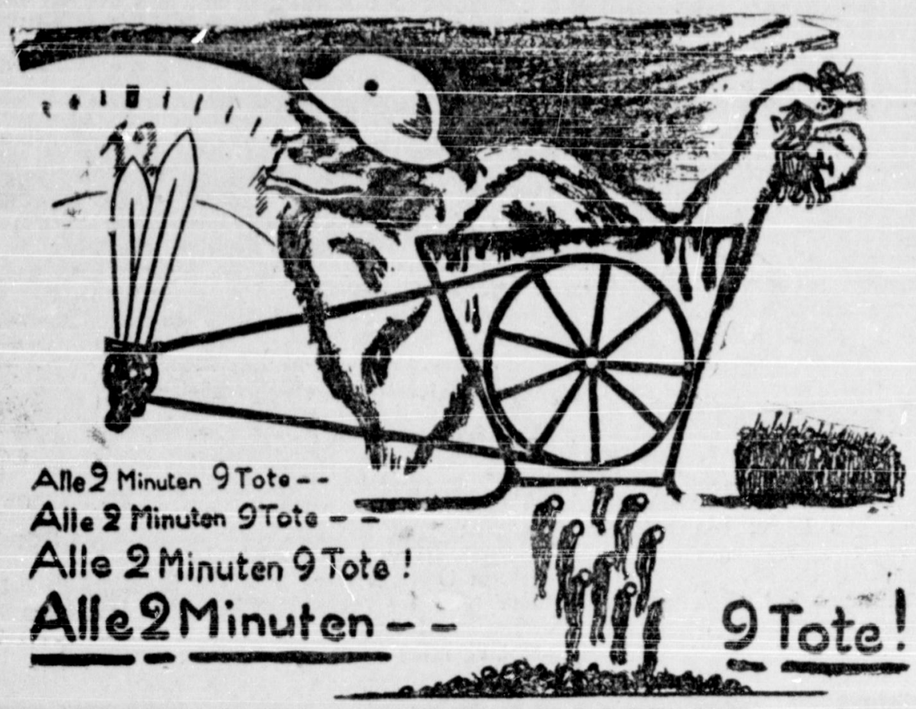
Das Werk verklagte die Verbände auf Ersatz des durch den Streik verursachten Schadens, der vorläufig auf 24 000 Mark angesetzt worden ist.

Waffentransport durch Danziger Gebiet

Danzig, 18. März. (Drahtmeldung.) In einer ostpreußischen Zeitung sind über Waffentransporte durch das Danziger Gebiet übertriebene Nachrichten erschienen. Der Senat teilt hierzu mit, daß die Danziger Regierung auf Grund des Gesetzes über das Verbot der Durchfuhr von Kriegsmaterial vom 17. Mai 1922 verpflichtet war, eine Anzahl von Kisten mit Karabinern und Bajonetten, welche von Gdingen über Danzig nach Antwerpen verfrachtet werden sollten, am 13. März ds. Js. festzuhalten, da der Eigentümer nicht bekannt war. Nachdem die polnische diplomatische Vertretung in Danzig erklärt hatte, daß es sich um Kriegsmaterial der polnischen Militärverwaltung handelte, welche das Recht der freien Durchfuhr durch Danzig besitzt, wurde die Beschlagnahme aufgehoben.

Freitod eines Reichswehrsoldaten

Berlin, 18. März. (Drahtmeldung.) In Breslau stürzte sich heute vormittag der Reichswehrunteroffizier Marx vom Reichswehrregiment VIII in Oels an der Gneisenaubrücke in die Oder und ertrank. Vorher hatte der Lebensmüde, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, mehrfach den Versuch gemacht, sich von Autos überfahren zu lassen, war jedoch von Passanten daran gehindert worden. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden. Das Motiv der Tat ist noch nicht geklärt.



DAS WAR DIE WELTKRIEGSERNTE DER

BLUTIGEN INTERNATIONALE

Was halten Sie von der großindustriellen Auswertung des maschinellen Menschenmordes? Was wissen Sie von der Internationale der

RÜSTUNGSINDUSTRIE? KRUPP

war Offizier der französischen Ehrenlegion! Erstaunliche Tatsachen dieser Art bietet Lehmann-Russbüldt in seinem Buch

DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGSINDUSTRIE

Bereits übersetzt ins: Englische, Französische, Spanische, Polnische, Dänische, Holländische Tschechische, Schwedische.

NUR **RM 1.—**

Deutsch: 11.–20. Tausend

Das Buch muß jeder lesen

Bestellungen sofort durch die Zeitungsboten an

Volksbuchhandlung, Gelsenkirchen, Ringstraße 33

Westfälische Asphalt-Gesellschaft m. b. H.

Telefon 224 76 — Gelsenkirchen — Ringstraße 38

Zur Jugendweihe

empfehlen wir unsere reichhaltige Auswahl in

Glückwunschkarten

Wir liefern:

Gute Glückwunschkarten in Goldschrift, geschmackvolle, moderne Muster, pro Stück 10, 15 u. 20 Pfg.

Blumenkarten mit Glückwunschtext 2 Stück 25 Pfg.

Bestellungen können durch den Zeitungsboten erledigt werden

Volksbuchhandlung

Gelsenkirchen, Ringstraße 33

Preiswerte Angebote aus unserer

Lebensmittel-Halle

Bücklinge	frisch geräuch. Pfund	0.28
Fischfilet	vom Kabeljau Pfund	0.35
Schweineschmalz	rein Pfd.	0.65
Frische Landbutter	Pfd.	1.45
Dt. Molkereibutter	Pfd.	1.55
Eier	10 Stück	0.75
Edamer	vollfett . . Pfund	0.98
Erdnußöl	. . . . Liter	0.88
5 Pfd. gelbe Erbsen		0.95
5 Pfd. grüne Erbsen		0.95
Junge Erbsen	1/1 Dose	0.65
Apfelmus	. . . . 1/1 Dose	0.48

Auslage im Parterre:

1 Sendung frischer Rosensträucher Farben nach Wahl Stück **0.50**

Alsberg

Gelsenkirchen A.-G.

Gelsenkirchen-Buer.

Bekanntmachung.

Gemäß § 5 des Ortsstatuts betr. die Reinigung öffentlicher Wege in der Stadt Gelsenkirchen-Buer vom 30. Oktober 1929 wird das Verzeichnis der Straßen und Plätze, die ab 1. 4. 1930 durch den städt. Fuhrpark gereinigt werden, durch Aushang in den Rathäusern der drei Stadtteile Gelsenkirchen, Buer und Horst öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 1 des Ortsstatuts betr. die Müllabfuhr der Stadt Gelsenkirchen-Buer vom 30. 10. 1929 wird das Verzeichnis der Straßen und Plätze, aus denen die Abfuhr des Mülls durch die städt. Müllabfuhranstalt erfolgt, durch Aushang in den Rathäusern der drei Stadtteile Gelsenkirchen, Buer und Horst öffentlich bekannt gemacht.

Gelsenkirchen-Buer, 17. März 1930.

Der Oberbürgermeister.

Lose Weine

vom Faß.

Griech. Süßwein	0.95
Deutsch. Weißwein	0.95
Südtirol. Süßwein	1.05
Rotwein, herbe	1.05
Samos-Muscat	1.20
Malaga golden	1.30

in

Förster's Weinstuben

Weingroßhandlung Luitpoldstraße 24

Gelsenkirchen-Buer.

Mahnung.

Die bis zum 16. ds. Mts. fällig gewesenen u. rückständig gebliebenen Steuern und Abgaben:

1. **Staatliche Steuer vom Grundvermögen,**
2. **Gemeindezuschlag zur Steuer vom Grundvermögen,**
3. **Hauszinssteuer,**
4. **Lohnsummensteuer f. Februar 1930,**
5. **Schulgeld für das Konservatorium für März 1930**

sind innerhalb 3 Tagen bei der städtischen Steuerkasse, sowie den Hebestellen in den Stadtteilen Buer und Horst einzuzahlen, andernfalls unverzüglich das Verwaltungszwangsverfahren durchgeführt werden muß. 647

Gelsenkirchen-Buer, 17. März 1930.

Städtische Steuerkasse und Steuer-Hebestellen in den Stadtteilen Buer und Horst als Vollstreckungsbehörden.

Inserieren bringt Gewinn.

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee allein echt Wörishofener Kräuterhaus

Hochstr. 24 Ecke Neustraße

Kaufe ständig **Schlachtpferde**

Roßschlachterei **Kuhlmann Gelsenkirchen,** Schalker Straße 80 Telefon 27980 u. 22871 **Horst,** Hermannstraße 28

Für unser neues Werk

am Halen Gelsenkirchen, Belegschaft ca. 250 Mann,

suchen wir

Kantinenpächter.

Meldungen an

Herm. Franken A.-G.

Gelsenkirchen

Nanny!

Frauen, der Patent-Wassermotor Nanny ist zweifellos der vollkommenste und beste Motor für Waschmaschinen.

Näheres im ältesten, größten und führenden Waschmaschinen-Spezialhaus Kampmann Die Fabrikläger sind **Gelsenkirchen,** Fioraftr. 4, dem Gaswerk gegenüber an der Wiese, **Buer,** Luciagasse 7 bei Halbesten

Gewerkschaftliches

Arbeitersekretariat, Gelsenkirchen.

Der Kollege Schmiegelt macht zur Wiederherstellung seiner Gesundheit eine 4wöchige Kur in Bad Ems durch. Während dieser Zeit werden eilige Angelegenheiten, die bis zur Rückkehr des Kollegen Schmiegelt nicht zurückgestellt werden können, von den einzelnen Gewerkschaftsvorständen selbst bearbeitet.

Gleichzeitig geben wir die neuen Sprechstunden des Sekretariats bekannt:

Montag: vormittags von 9 bis 12.30 Uhr, nachmittags in Buer.
Dienstag: vormittags geschlossen, nachmittags in Wanne-Eickel.
Mittwoch: vormittags von 9 bis 12.30 Uhr, nachmittags in Wattenscheid.
Donnerstag: geschlossen.
Freitag: vormittags von 9 bis 12.30 Uhr, nachmittags von 5 bis 6.30 Uhr.
Samstag: vormittags von 9 bis 12.30 Uhr, nachmittags geschlossen.

Die Sprechstunden müssen unbedingt innegehalten werden, da außer den Sprechstunden keine Auskunft gegeben werden kann und sonst die Sachen nicht alle ordnungsmäßig und korrekt ausgearbeitet werden können.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Künstlerfest im Hans-Sachs-Haus.

Ein großes Frühlingsfest steht den Mitbürgern unserer Stadt bevor: Am 5. April tagen die westfälischen Künstler in Gelsenkirchen. Ihnen zu Ehren veranstalten die in Gelsenkirchen-Buer und Umgegend ansässigen Künstler ein Künstlerfest, das mit Phantasie und Witz ausgestaltet wird. Die Räume des Hans-Sachs-Hauses werden in schöner und origineller Weise hergerichtet, das Fest bietet Ueberraschungen und künstlerische Darbietungen, wie man sie selten findet. Die Freunde der Kunst und einer geschmackvollen, bunten Fröhlichkeit werden nicht versäumen, der Einladung zu folgen.

Trabrennen zu Gelsenkirchen.

Der dritte März-Renntag des Gelsenkirchener Trabrennvereins wurde trotz der unsicheren Witterung doch zu einem Erfolg. Der Besuch war gut zu nennen und die gebotenen sportlichen Ereignisse waren durchweg interessant. Im Mittelpunkt des Programms stand der März-Preis für Internationale über 2100 Meter, das trotz des kleinen Feldes einen sehr interessanten Verlauf nahm. Der Favorit Bernadus hatte sich in der scharfen Fahrt, die die vorderen Pferde anfangs vorlegten, zu sehr verausgabt und konnte in der Geraden die führende Heriana nicht mehr erreichen. Heriana wies alle Schlußangriffe von Bernadus mehr als sicher ab. Im übrigen stand der Tag im Zeichen eines Doppelerfolges von Trainer Skerhut, der mit Alinde Lee und Wally R zwei sehr schöne Siege herausfuhr. Eine größere Ueberraschung gab es nur im Judica-Preis, den der Außenseiter Feuerring sicher gegen Petronelle und Peter Winter gewann. Der Toto honorierte diese Ueberraschung mit beinahe fünfzehnfachem Gelde.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.

Samstag, den 22. März, abends 8 Uhr (nicht 7 Uhr, wie auf den Plakaten angegeben), Einlaß 7 Uhr, in der Stadthalle, Essener Straße: Aufführung der Komödie von Walter Hasenclever: „Ehen werden im Himmel geschlossen." In Berlin wurde die Aufführung mehr als hundertmal wiederholt.

Eintrittskarten im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 70 Pf.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde Gelsenkirchen.

Mittwoch, den 19. dieses Monats, abends 7 Uhr, kommen alle Mitwirkenden an der Märzfeier der Kinderfreunde im August-Bebel-Haus zusammen. — Am gleichen Tage, abends um 20 Uhr: **Kassenrevision** ebendort.

Freitag, den 21. dieses Monats, nachmittags um 3 Uhr: Zusammenkunft der Gruppe Bismarck in der Bismarckschule an der König-Wilhelm-Straße.

Achtung! Märzfeier der Kinderfreunde!

Die Kinderfreunde machen am Sonntag, dem 23. dieses Monats, nachmittags um 4 Uhr, ihre Märzfeier. Zu dieser Veranstaltung treffen sich sämtliche Gruppen der Gesamtstadt (auch Buer und Horst) pünktlich zur festgesetzten Zeit im August-Bebel-Haus.

Helfersitzung.

Unsere Helfersitzung ist am Samstag, dem 22. d. M. abends um 8 Uhr, im August-Bebel-Haus. Alle Helfer müssen erscheinen.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Kameradschaft 1: Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr, bei Serres: Versammlung. Vortrag: **Demokratie oder Diktatur.** G.-Führer eine halbe Stunde vorher.

Kameradschaft 10: Sonntag, den 23. März, nachmittags 5 Uhr, bei Kohring: Gemütliches Beisammensein mit Verlosung.

Kameradschaft 11: Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr, bei Nachbarschulte: Versammlung. Erscheinen ist Pflicht!

Martinsabteilung Gelsenkirchen. Mittwoch abend 8 Uhr: Probe in der Lessingschule.

Am Samstag, dem 22. März, abends 7 Uhr, findet im Lokale Vollmer, Waimer Straße, ein Tanzabend statt. Die Kameraden der anderen Abteilungen sind herzlichst dazu eingeladen. Der Unkostenbeitrag beträgt 50 Pf.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille", Ludwig Leyppoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.